Für eine Welt, die zusammenhält!

Solidarische Welt

02 I 2021

DAS THEMENHEFT

KLIMA-UNGERECHTIGKEIT

Klimawandel und Klimapolitik auf Kosten der Ärmsten

INHALT

3 **Einführung**

Klimawandel und Klimapolitik auf Kosten der Ärmsten

4 **Bäume fürs Klima**
Landnutzung im Fokus der Klimapolitik
von Thomas Fatheuer

8 **Die Südperspektive**
Wie ASW-Partner*innen in drei Kontinenten den Klimawandel erleben und bewerten
eine Zusammenstellung aus 50 Interviews

12 **Klimakatastrophe im Amazonas**
Die Prognosen der Wissenschaft werden Realität
von Silke Tribukait; ASW

13 **Frauen in Simbabwe**
Wie der Klimawandel ihr Leben beeinflusst
von Alina Brangs und Klemens Thaler; ASW

15 **Die Lebenssituation afrikanischer Frauen unter dem Klimawandel**
Migration als mögliche Anpassungsstrategie
von Nadja Kasolowsky

17 **„Distress"-Migration**
Fünf Fallgeschichten aus Indien
von Isabel Armbrust; ASW

18 **Auf der Suche nach Klimagerechtigkeit**
Erkenntnisse einer Indienreise
von Sina Rauch

Krisentreiber Wirtschaftswachstum

20 **Die Krisenursache kann nicht die Lösung sein – eine Einführung**

21 **Klimaschutz verlangt ein Ende des Wachstums**
Was sich aus der Corona-Krise lernen lässt – und von der britischen Kriegswirtschaft ab 1940
von Ulrike Herrmann

24 **Kollapsologie**
Letzter Weckruf oder Panikmache?
von Christophe Mailliet; ASW

Frauen in Indien an einer Wasserstelle

Foto: picture alliance / REUTERS / P. RAVIKUMAR

Was können wir – was kann der Norden tun? Positionen

29 **Wir fordern eine klimagerechte Verkehrswende**
Von Riva Morel; Fridays for Future Berlin

30 **Starke Argumente gegen das Elektroauto**
gefunden bei Carl Waßmuth/Winfried Wolf: Verkehrswende. Ein Manifest

31 **Klimagerechtigkeit bedeutet gerechte globale Beziehungen!**
Von der Fridays for Future Faktenvermittlung Berlin

32 **Klima- und sozial gerechtere Produktion durch bewussten Konsum**
von Claudia Brück; Transfair

33 **Regeln sind wichtiger als Flugscham oder Konsumverzicht**
von Michael Kopatz; Wuppertal Institut

34 **Klimafonds oder Reparationen zum Ausgleich der Klimagewalt gegen Afrika?**
von Boubacar Diop; ASW

36 **Wasserstoffgewinnung auf Kosten der Menschen im Globalen Süden?**
von Cristiane Averbeck/Verena Graichen; Klima-Allianz Deutschland + BUND

Forderungen aus dem Globalen Süden und lokale Lösungen

38 **Die Südperspektive**
ASW-Partner*innen fordern drastische Veränderungen und erproben intelligente Lösungen
eine Zusammenstellung aus 50 Interviews

41 **Brasilien**
Wie ASW-Partner*innen gegen den Klimawandel kämpfen
von Silke Tribukait; ASW

44 **Indien**
Mit Hirse gegen Dürren – Perspektiven für junge Bäuer*innen
von Isabel Armbrust; ASW

46 **Simbabwe**
Revitalisierung von trockenem Boden
von Stephen Hussey; Dabane Trust

47 **Senegal**
Agroforstwirtschaft als Anpassungsstrategie an den Klimawandel
von Mansour Ndiaye; APAF Senegal

Liebe Leserinnen und Leser,

2020 mussten Menschen in unseren Projektregionen gleich zwei Krisen meistern. Mitten in der Coronapandemie wurde der indische Bundesstaat Odisha zweimal von Zyklonen verwüstet. In Simbabwe kam es das zweite Jahr in Folge zu einer extremen Dürre. Es gilt in der Klimaforschung als sehr wahrscheinlich, dass es sich bei der Häufung solcher „Wetterereignisse“ um Klimawandelfolgen handelt.

Heute leben wir auf der Nordhalbkugel, wo der Klimawandel vor allem verursacht wird, (noch) in einer Komfortzone. Im globalen Süden dagegen sind die mutmaßlichen Folgen des Klimawandels längst existenzbedrohend. Dürren, unregelmäßige Regenfälle und Überschwemmungen betreffen Millionen von Menschen schon seit Jahren, ihre Menschenrechte auf Nahrung, Wohnung, Wasser sind nicht mehr garantiert. Die Geschädigten sind meist Kleinbäuer*innen, Landarbeiter*innen, Kastenlose – mithin also genau die Gruppen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen. Diese Schieflage nennen wir Klima-Ungerechtigkeit.

Klimawandel und Klimapolitik auf Kosten der Ärmsten

Der Klimawandel verstärkt zudem eine zweite globale Ungerechtigkeit: Klimapolitik, die die Folgen klimaschädlicher Produktions- und Konsummuster im Norden und den Schwellenländern ausgleichen will, greift zunehmend auf Land im Süden zu. Baumpflanzungen zur Erreichung von Klimazielen werden künftig überwiegend auf Flächen im Globalen Süden erfolgen. Leidtragende werden wiederum Kleinbäuer*innen und Indigene sein, deren Ländereien schon durch Rohstoffabbau, Landgrabbing oder Sojapflanzungen unter Druck sind.
Solche sozial ungerechten Entwicklungen verbergen sich hinter der wohlklingenden „Klimaneutralität“, die seit dem Pariser Klimaabkommen 2015 das zentrale Projekt der Weltgemeinschaft ist.

Trotz Protesten der Klimabewegung hat Klimaneutralität die „Dekarbonisierung“, also die Reduktion der CO_2-Emissionen, vom ihrem vorrangigen Platz der Agenda gedrängt. Der Norden will zwar reduzieren, aber nicht in dem Ausmaß, wie zur Erreichung des 1,5 Grad Zieles notwendig wäre. Parallel zur CO_2-Reduktion soll der verbleibende Ausstoß gehandelt und vor allem auf Kosten der Länder des globalen Südens neutralisiert werden.
Gleich der erste Beitrag in unserem Themenheft (Thomas Fatheuer) zeigt die Dimensionen auf, in denen die begrenzten Landflächen unseres Globus bereits in den Fokus der Klimapolitik geraten sind.

Danach lassen wir ASW-Partner*innen aus afrikanischen Ländern, aus Indien und Brasilien zu Wort kommen. Wir haben 50 Interviews geführt, in denen wir die Sicht der Menschen auf die Ursachen des Klimawandels und auf die Verantwortung abgefragt haben. Außerdem wollten wir erfahren, wie sich die Klimawandelfolgen schon heute in ihrem Alltag niederschlagen. In Auszügen stellen wir Ihnen diese Südperspektiven im ersten Heftteil vor.

Geordneter oder ungeordneter Ausstieg aus dem Wachstum?

Im Mittelteil des Heftes sehen wir uns die Ursachen des Klimawandels und der weltweiten Ungerechtigkeit noch genauer an. Ursache Nummer eins ist für uns die Logik unseres Wirtschaftssystems, der zufolge aus Profiten immer neue Profite generiert werden – in der Realwirtschaft nicht weniger als im Finanzsektor.
Wir sind überzeugt, dass die Erde nur gerettet werden kann, wenn ein Ausstieg aus dieser Logik, sprich aus dem Kapitalismus gelingt. Es gibt mittlerweile auch viele Ansätze verantwortlichen Unternehmertums. Aber nachhaltiges Wachstum gibt es bislang nicht. Dieses wäre, wie unsere Autorin Ulrike Herrmann zeigt, die Quadratur des Kreises. Konsequente Nachhaltigkeit würde ein anderes System begründen, das auf Reduktion beruht. Die Autorin, die in vielen ihrer bisher veröffentlichten Beiträge die Frage offen ließ, wie ein solcher Ausstieg aus dem Wachstum gelingen könnte – hier legt sie einen Lösungsvorschlag vor, den wir Ihnen zur Diskussion stellen.

Den ungeordneten Ausstieg aus dem Wachstum zeichnet dagegen der Ansatz der Kollapsologie nach. Er hat aus Sicht der Vertreter*innen dieser in Frankreich beheimateten Denkschule längst begonnen, durch systemische Prozesse, die so hyperkomplex sind, dass der menschliche Verstand sie kaum erfassen kann. ASW-Geschäftsführer Christophe Mailliet stellt Ihnen in seinem Text die in Frankreich bereits vieldiskutierten Einsichten der Kollapsologie vor.

… und trotz allem wird solidarisch gehandelt

Nach diesem Ausflug in Kapitalismus- und systemtheoretische Analysen stellen wir im dritten Teil des Heftes Positionen zu Themen der hiesigen Klimadebatte vor.

Im vierten Teil erhalten dann wieder unsere Partner*innen aus drei Kontinenten das Wort – diesmal geht es um ihre Gedanken zu möglichen Auswegen aus der Klimakrise. Manche der Lösungsvorschläge haben den Anspruch, zumindest zur Abschwächung des Klimawandels beizutragen. Bei anderen geht es eher um die Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

Isabel Armbrust

Bäume fürs Klima – Landnutzung im Fokus der Klimapolitik

VON THOMAS FATHEUER

Brewdog ist ein bekanntes und beliebtes Craft Bier aus Schottland, „Brewdog Punk IPA“ ist sein Flaggschiff. Aldi UK hat sich durch eine Kopie des „Brewdog Punk“ (unter dem Namen „Anti Establishment IPA“) auf einen Streit mit Brewdog eingelassen, der schließlich in einer Kooperation endete. Nun verkauft Aldi UK Brewdog IPA. Aber das Besondere dabei ist, dass für jede verkaufte Dose des Aldi IPA ein Baum gepflanzt wird. Brewdog hat Land in Schottland gekauft und legt dort seinen Brewdog Forest an. Und natürlich geht es dabei um Klimaschutz. Hatten die Sportschau-Trinker des biederen Krombacher noch mit Spenden für den Regenwald ihr Gewissen beruhigen müssen, ist der IPA trinkende Hipster nun auf der Höhe der Klimadebatte: Bäume pflanzen für das Klima scheint der große Trend der Gegenwart zu sein.

Das Pflanzen von Bäumen ist zu einem „everybody’s darling“ geworden

Das Pflanzen von Bäumen (aber auch der Anbau von Pflanzen zur Energiegewinnung) ist mehr als ein Marketing Gag, es ist zu einem wichtigen Element der Klimapolitik geworden, ja vielleicht sogar zu einem „everybody’s darling“. Bäume bringen Klimaaktivist*innen und Milliardär*innen zusammen. So wurde auf dem Weltwirtschaftsforum 2020 in Davos die Initiative lanciert, eine Billion Bäume zu pflanzen – und sogar der damalige US-Präsident Trump kündigte an, dies zu unterstützen. Statt mit Verzicht zu drohen, verbinden Bäume die Antwort auf die Klimakrise mit einer positiven Agenda. Bäume erwecken den Eindruck, dass die Lösung einfach sei und jeder etwas beitragen könne. Niemand behauptet, dass Pflanzen von Bäumen sei die einzige Lösung, aber Davos ist ein guter Indikator für die enorme Bedeutung, die das Narrativ „Bäume pflanzen für das Klima“ in den letzten Jahren gewonnen hat.

Baumpflanzungen auf Flächen des globalen Südens?

Nun wissen wir zwar, dass Bäume nicht in den Himmel wachsen, aber wir sollten auch nicht vergessen, dass Bäume auf Land wachsen. Klimapolitik wird damit zunehmend zu einem Faktor, der Landnutzung beeinflusst. Und dies gilt im besonderen Maße für den globalen Süden. Damit gerät Klimapolitik aber auch in den Fokus der schon bestehenden Konflikte um Land. Sicherung der Ernährung, Erhaltung von Lebensräumen und Biodiversität – all dies muss auf demselben Land erreicht werden, das nun auch der Klimapolitik dienen soll.

Dies erlangt aber seine Brisanz erst im internationalen Kontext. Denn heute schon nutzen wir in der EU Land im globalen Süden für unseren Lebensstil. Die europäische Tierhaltung ist in hohem Maße abhängig von Sojaimporten – für Fleisch und Käse in europäischen Supermärkten werden Flächen in Brasilien und Argentinien genutzt. Der WWF hat errechnet, dass die EU 30 Millionen Hektar außerhalb ihrer Grenzen nutzt. 10 Millionen Hektar gehen davon auf Kosten des Sojaanbaus in Argentinien und Brasilien.

Globale Landnutzung wird nun zunehmend zu einer Dimension der Klimapolitik. Denn die Baumpflanzungen zur Erlangung von Klimazielen werden vorwiegend auf Flächen des globalen Südens erfolgen – also in Ländern, die nicht die Hauptverursacher des Klimawandels sind. Und so verwundert es nicht, dass dies zu einem der umstrittensten Punkte der internationalen Klimapolitik geworden ist.

Für diese Debatte ist es zentral, die vielfältigen Dimensionen von Landnutzung im Blick zu behalten. Das beinhaltet eine unbequeme Wahrheit: Klimapolitik ist in Konfliktfeldern angesiedelt. Nicht alles, was klimapolitisch sinnvoll erscheint, ist auch aus sozialen und ökologischen Gründen erstrebenswert. Deshalb greift auch die Forderung nach „ambitionierteren Maßnahmen“ zu kurz. Ambitionen der Klimapolitik können durchaus negative Folgen haben.

Diese komplexen und widersprüchlichen Gemengelagen sind nicht neu. Sie haben schon in der „Teller versus Tank“-Debatte eine Rolle gespielt. Aber inzwi-

Das Land für CO_2-Kompensationen wird vor allem den Menschen im Süden genommen werden

schen kommen neue Dimensionen hinzu, die Land in vieler Hinsicht in den Fokus der globalen Klima- und Umweltpolitik rücken.

Leitbild Klimaneutralität

Das Jahr 2019 war ein Jahr der Klimabewegung. Fridays for Future und die weltweiten Massendemonstrationen haben der Klimadebatte neuen Schwung verliehen. Die Feuer u.a. am Amazonas und in Australien haben die Bilder geliefert, um die Dringlichkeit einer Reaktion auf den Klimawandel ins Bewusstsein zu brennen. Die Politik musste reagieren, die Politik hat reagiert – wenn auch nicht den Forderungen der globalen Klimabewegung entsprechend. Aber wir haben nun ein Klimaschutzgesetz, einen (zu niedrigen) CO_2-Preis und vor allem ein langfristiges Ziel: „Treibhausgasneutralität“ bis 2050. Dasselbe Ziel wird auch im Green Deal der EU* verankert und unter dem griffigeren Namen „Klimaneutralität“ medial verbreitet.

„Klimaneutralität bis 2050“ ist nun eine zwar ziemlich weit in der Zukunft liegende – und damit von der Politik leichter zu handhabende – Perspektive. Gleichwohl ist damit eine nachvollziehbare und messbare Zielmarke verbunden, die in Deutschland und der EU erreicht werden muss und kann – unabhängig davon was in China, den USA oder anderen Ländern geschieht und gemacht wird. Anders als das auf der Weltklimakonferenz 2015 in Paris proklamierte globale Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, bietet Klimaneutralität eine konkrete Perspektive für nationale bzw. europäische Politik.

Klimaneutralität war als zentrales Leitbild nicht konkurrenzlos. Noch 2015 hatte sich die Staaten-Gruppe der Sieben (G7) auf ihrem Treffen im bayrischen Elmau „Dekarbonisierung“ als Ziel auf die Fahnen geschrieben. Spätestens seit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 ist jedoch Klimaneutralität das neue Menschheitsprojekt. Das Abkommen hatte das Wort zwar noch vermieden, das Konzept aber formuliert.

Aber was sind die Unterschiede? Klimaneutralität heißt eben nicht Dekarbonisierung, also die CO_2-Emissionen möglichst schnell und radikal herunterzufahren mit dem Ziel, Null-Emissionen zu erreichen. (Ein Rest von Emissionen etwa durch die Produktion von Lebensmitteln wird allerdings auch dabei anfallen.)

Dass Klimaneutralität immer mehr zum zentralen Leitbild der Klimapolitik wird, ist kein Zufall: Es verankert die Idee der Verrechnung und Kompensation im Herzen der Klimapolitik. Klimaneutralität bedeutet nämlich, CO_2-Emissionen zu berechnen und zu verrechnen: Wir können die Fähigkeit von Pflanzen (insbesondere Bäumen), CO_2 zu binden und so der Atmosphäre zu entziehen, quantifizieren und mit dem Ausstoß von CO_2 aus fossilen Energien verrechnen. Zugespitzt gesagt: Wir haben zwei große Wege, die Klimaziele zur erreichen. Bäume pflanzen und den Ausstoß von CO_2 durch fossile Energien reduzieren. Schaffen wir es mit dem Ausstieg aus den fossilen Energien nicht ganz so schnell, können wir immer noch mehr Bäume pflanzen.

Land für Kompensationen statt für Ernährung

Diese Idee des Austauschs ist im Pariser Klimaabkommen verankert. Und mit diesem Detail, das von vielen übersehen worden ist, wurde tatsächlich das Tor für einen globalen Austauschmechanismus von Emissionen weit geöffnet. Emissionsziele können nämlich auch dadurch erreicht werden, indem Maßnahmen in anderen Länder finanziert werden. Dies wird im Artikel 6 des Abkommens festgelegt, dessen Präzisierung nun zu einem der umstrittensten Punkte in den Klimaverhandlungen geworden ist.

Die Dekarbonisierung bis 2050 wird kaum noch für möglich erachtet. Die Idee der negativen Emissionen lässt die Politik Zeit gewinnen.
Foto: Ölraffinerie

Dies betrifft direkt den Landsektor des globalen Südens. Denn natürlich werden nur die reichen Länder des Nordens den Austausch von CO_2-Reduktion nutzen. Und die Länder des Südens können Land anbieten: Land, dessen Nutzung dann nicht mehr der Ernährung der eigenen Bevölkerung dient, sondern dem Ausgleich für Emissionen aus dem Norden.

Glücklicherweise konnte auf dem Klimagipfel 2019 in Madrid keine Einigung über die Ausgestaltung von Artikel 6 erzielt werden. Zwar mehren sich inzwischen die kritischen Stimmen, doch die notwendige Debatte darüber, wie sich ein solcher internationaler Austauschmechanismus auf Landnutzung auswirken wird, steckt erst in den Anfängen.

Sinnvolles und Bedenkliches

Dabei sind Bäume nur der sichtbarste und populärste Teil einer neuen und immer wichtiger werdenden Tendenz in der Klimapolitik, die unter dem Namen Natural Climate Solutions (im Folgenden: NCS) oder auch allgemein als Nature Based Solutions firmiert. Naturbasierte Klimapolitik ist ohne Zweifel ein bedeutender Bestandteil globaler und lokaler Klimapolitik. So ist die Reduktion von Entwaldung (unter der Abkürzung REDD+) seit vielen Jahren Bestandteil der Klimaverhandlungen und auch in das Pariser Abkommen aufgenommen worden. In den letzten Jahren hat sich aber der Fokus von der Entwaldung auf ein breites Spektrum von naturbasierten Lösungen gerichtet. NCS ist kein klar definiertes Konzept, dennoch sind die Erwartungen enorm. Der Weltklimarat IPCC hält es für plausibel, dass durch NCS etwa ein Drittel der Reduktion erreicht werden können, die bis 2030 notwendig sind, um – mit einer Wahrscheinlichkeit von 66% – das 2 Grad-Ziel zu erreichen.

Diese Zahl verweist sowohl auf die mit dieser Strategie verknüpften hohen Erwartungen, als auch auf die enorme Bedeutung des Landsektors für Klimapolitik. Problematisch bleibt, dass unter dem Label NCS Sinnvolles (wie die Reduzierung von Entwaldung) und Bedenkliches (wie großflächige Aufforstungen) verstanden werden können. Skeptisch macht auch, dass Konzerne NCS propagieren. Es ist ein schmaler Pfad, der hier sinnvolle Politik von einem Irrweg trennt.

Kompensation statt CO_2-Reduktion: verlockend für den Verkehrssektor

Das Grundlegende aber ist, dass NCS als Ausgleich für ungenügende CO_2-Reduktion im fossilen Bereich genutzt und missbraucht werden können. NCS sind, wie schon auch REDD+, als Finanzierungs- und damit als Kompensationsmechanismus in die Loge der Klimapolitik eingebettet.

Sie werden damit zu einer Hoffnung der Sektoren der Wirtschaft, die nicht von fossilen Energien wegkommen können oder wollen. Insbesondere im Transportsektor ist der Ansatz der CO_2-Kompensation mittlerweile weit verbreitet.

Dies wird am Beispiel Flugverkehr anschaulich: Fast alle Fluggesellschaften bieten die CO_2-Kompensation von Flugmeilen an. So kann bei Lufthansa ein Flug von Berlin nach London für nur 1,98 Euro kompensiert werden. „Ihre gepflanzten Bäume binden in 20 Jahren die angegebene Menge CO_2“, versichert Lufthansa. Ein paar Bäume pflanzen, um die Kontinuität des Flugverkehrs zu garantieren – statt Flugscham zu erleiden, können die Fluggäste sogar noch stolz auf ihre gute Tat sein.

Doch wird hier nicht nur kein Gramm CO_2 reduziert; NCS werden dafür missbraucht, ein umweltschädliches Modell fortzuführen. Statt die Reduzierung des Flugverkehrs in den Mittelpunkt zu stellen, wird nun – verbunden mit einem Appell an das individuelle (Konsum)Verhalten, klimaneutrales Fliegen propagiert. Für die Fluglinien ist Kompensation der Königsweg, um ihr Geschäftsmodell fortzuführen. IATA, der Dachverband der Fluglinien, hat das Ziel verkündet, den Flugverkehr klimaneutral zu machen – und dabei gleichzeitig zu wachsen.

NCS sind so unmittelbar mit der Perspektive globaler Kompensationsmechanismen verknüpft. Auch deshalb sind die Konzerne der Erdölindustrie von den Vorschlägen der Flugindustrie so angetan: Was wir angeblich brauchen, ist ein „gut gestalteter Markt, in dem die CO_2-Kompensation aus naturbasierten Lösungen gehandelt werden können“, so Arthur Lee, Klimaschutz-Berater des Chevron-Konzerns. NCS werden aus dieser Perspektive zum Kern eines die Klimazukunft gestaltenden globalen Tauschmechanismus.

Riskant und landraubend: Bio-Energie mit CO2-Verpressung

Hier kommt ein weiteres Konzept ins Spiel, das in den letzten Jahren für die Klimapolitik zentral geworden ist:

negative Emissionen, sprich, das Entziehen von CO_2 aus der Atmosphäre. Dies kann nach heutigem Stand im Wesentlichen auf zwei Wegen erreicht werden. Durch Aufforstung und den massiven Ausbau des Anbaus pflanzlicher Energieträger – verbunden mit der Speicherung von CO_2 im Boden (BECCS). Das Kürzel steht für „Bio-Energie mit CCS“ (Carbon Capture and Storage, deutsch: CO_2-Abscheidung und -Speicherung). Dabei wird zunächst pflanzliches Material wie zum Beispiel Plantagenholz verbrannt und Bioenergie erzeugt. Die bei der energetischen Verwendung anfallenden CO_2-Emissionen werden herausgefiltert und im Boden in Gesteinsformationen verpresst. Das von den Pflanzen beim Wachstum aufgenommene CO_2 soll so dauerhaft der Atmosphäre entzogen werden. Um aber wirklich relevante Klimaeffekte zu erzielen, müssten dafür enorme Landflächen beansprucht werden. Und die Technik zur Speicherung von CO_2 im Boden ist bisher teuer, umstritten – weil mit hohen Restrisiken behaftet –, und ihr Einsatz im großen Maßstab damit fraglich.

Die meisten Szenarien des IPCC gehen davon aus, dass wir die Klimaziele nur erreichen können, wenn wir in der Lage sind, negative Emissionen zu erzeugen. Die fast vollständige Dekarbonisierung bis 2050 wird kaum noch für möglich erachtet. Die Idee der negativen Emissionen nimmt diesem Umstand etwas von der Dramatik und die Politik gewinnt Zeit. Gleichzeitig erhöht sich aber der Druck auf bestehende Landflächen. IPCC geht davon aus, dass bis zu sieben Millionen km² Land zur Erzeugung negativer Emissionen genutzt werden müssen. Das heißt, es handelt sich hier in jedem Fall um gigantische Flächen. Die gesamte landwirtschaftliche Fläche der EU beträgt gerade einmal 1,7 Millionen km².

Für die klimapolitischen Versäumnisse muss der globale Süden herhalten

Natural Climate Solutions, Negative Emissionen und Klimaneutralität sind Schlüsselkonzepte der internationalen Klimapolitik, die dadurch verbunden sind, dass sie Landnutzung zu einer zentralen Frage des Klimawandels machen. Klimapolitik wird damit zu einem entscheidenden Faktor, der Strategien und Prozesse der Landnutzung beeinflusst. Dies ist in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen. Denn Klimapolitik ist in den letzten Jahren zum zentralen Schauplatz globaler Umweltpolitik geworden. Auch wenn das Bienensterben und der Artenverlust in letzter Zeit ebenfalls an Aufmerksamkeit gewonnen haben – die Klimapolitik ist anders als die Bewahrung der Biodiversität zu einem zentralen Aktionsfeld der Politik geworden.

Die zunehmende klimapolitische Bedeutung von Landnutzung hat zwei Konsequenzen:

- Nicht alles, was klimapolitisch begründet wird und zur Reduktion von CO_2 führt, ist begrüßenswert, wenn es um Landnutzung geht. Beispiele dafür sind großflächige Aufforstungen mit Monokulturen oder der agrarindustrielle Anbau von Energiepflanzen.
- Alle Versäumnisse in der Klimapolitik bei der Reduzierung von CO_2 aus fossilen Quellen erhöhen den Druck auf landbasierte Lösungen.

Um es zuzuspitzen: Jeder heute noch zugelassene SUV wird durch klimapolitische Landnutzung kompensiert werden müssen. Und dieses Land liegt vorwiegend im globalen Süden.

Die hier angepflanzte Açai-Palme dient vor allem der Ernährung und nebenbei dem Klima.
Foto: Brasilianische ASW-Partnerinnen von FASE

Aber Land ist heute schon ein Konfliktfeld verschiedenster Ansprüche: Für Ernährung, Kleidung und Energie wird heute schon ein Großteil der Landfläche genutzt. Klimapolitik ist nun im Zentrum der bereits bestehenden Konflikte um Land angekommen.

Thomas Fatheuer ist freier Autor und Berater und lebte von 1992 bis 2010 in Brasilien, zuletzt als Leiter des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro. Er ist Mitglied im Programmausschuss der ASW und im Vorstand von KoBra. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Brasilien.

Die Südperspektive

Wie ASW-Partner*innen in drei Kontinenten den Klimawandel erleben und bewerten

Die Menschen in unseren Projektregionen sind schon mittendrin in der Auseinandersetzung mit dem Klimawandel. Angeleitet durch die ASW-Partnerorganisationen suchen sie sowohl im Hinblick auf die Anpassung an den Klimawandel als auch als Beitrag zu seiner Abschwächung nach praktischen Lösungen.

Wir haben mit Dorfbewohner*innen und Vertreter*innen unserer Partnerorganisationen in Indien, Brasilien, Burkina Faso, Togo und Simbawe 50 Interviews geführt, die wir Ihnen in Auszügen vorstellen. Es geht dabei um die Sicht der Menschen auf die Ursachen des Klimawandels und die Verantwortung für ihn – außerdem erklären sie uns, wie sich die Klimawandelfolgen schon heute in ihrem Alltag niederschlagen und was sich ihrer Ansicht nach ändern muss.

Wie groß dürfte die CO_2-Bilanz dieser Haushalte im südlichen Senegal sein?

Folgen des Klimawandels für die kleinbäuerliche Landwirtschaft

Die ASW-Projekte liegen auf allen drei Kontinenten vorwiegend in ländlichen Regionen. Die Menschen leben vor allem von Landwirtschaft, Sammelwirtschaft sowie der Weiterverarbeitung und Vermarktung von Feld- und Waldfrüchten. Daher sind Dürren, verschobene Niederschlagsmuster, Zyklone und Überschwemmungen für sie – anders als z.B. für Stadtbewohner*innen – direkt existenzbedrohend. Denn sie lassen die Erträge zurückgehen und vernichten im schlimmsten Fall die komplette Ernte eines Jahres.

Befragt nach den für sie spürbaren Auswirkungen des Klimawandels benennen unsere Partner*innen daher unisono zuallererst die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft. Sie beobachten, dass diese immer mühsamer wird und dabei immer weniger die Existenz sichert.

Etliche Menschen würden deshalb auf der Suche nach Arbeit migrieren und in schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen, etwa auf Baustellen und im Rohstoffabbau, landen.

Von einigen Menschen wird die Situation bereits als „lebensbedrohlich“ wahrgenommen.

Wie macht sich der Klimawandel bemerkbar?

Aus Sicht unserer Partner*innen vollziehen sich die Veränderungen bereits sehr schnell. „Sie sind von Tag zu Tag deutlicher spürbar“, so eine Bäuerin aus Burkina Faso.

Eine brasilianische Nusssammlerin registriert, dass von einem Jahr zum anderen weniger Bäume da sind. „Es gibt keinen Schatten mehr, um sich vor der heißen Sonne ausruhen zu können“.

Eine NGO-Mitarbeiterin aus Burkina Faso benennt eine konkrete zeitliche Dimension. „Seit mehr als 10 Jahren nehmen die Niederschläge jährlich ab; ich habe Daten seit 1983, hier gab es noch 1400 bis 1600 mm Niederschläge pro Jahr, im Jahr 2020 sind es nur noch zwischen 600 und 800 mm. Der Pegel der Flüsse ist um 50 bis 60% gesunken.“

Die meisten ASW-Partner*innen leben von der Landwirtschaft. Dürren sind für sie existenzbedrohend.

… und wer leidet am stärksten?

Die Folgen dieser Veränderungen für die Menschen im Süden werden z.T. recht drastisch benannt.

„Ganze Bevölkerungsgruppen werden wegziehen und ihr Land, ihre Geschichte und ihr Leben zurücklassen müssen“, sagt etwa ein brasilianischer Partner. Für einen indischen Aktivisten aus der Dalit-Bewegung ist offensichtlich, dass jene Bevölkerungsgruppen, die auch im „Normalfall“ am meisten von Menschenrechtsverletzungen betroffen sind, auch am meisten unter den menschenrechtlichen Folgen des Klimawandels leiden. Konkret: Ihre Sicherheit, ihre Ernährung und ihr Zugang zu sauberem Trinkwasser sind immer weniger garantiert.

Dass die Situation auch eine Geschlechterdimension hat, fügt ein Partner aus Simbabwe hinzu. Von den marginalisierten Gemeinschaften, die der Klimawandel am stärksten tangiert, leiden aus seiner Sicht Frauen und Mädchen am meisten. „Da sich ihre Familien keine Ausbildung leisten können, (…) enden die Mädchen oft als Hausangestellte oder in Zwangsehen.“ Besondere Schwierigkeiten für die Frauen erblickt ein indischer Partner darin, „dass viele Männer migrieren und die Frauen alleine mit Landwirtschaft und Familie zurückbleiben.“ Daraus ergebe sich eine extreme Arbeitsbelastung für die Frauen .

Eine Mitarbeiterin aus Hyderabad macht sich Gedanken zu den Auswirkungen auf die Kinderrechte: Wenn die Familien in Not geraten, würden Kinder oft aus der Schule herausgenommen, um ihrer Familie beizustehen oder um für ein zusätzliches Familieneinkommen zu arbeiten.

Ursachen und Verantwortung für den Klimawandel

Weitgehende Einigkeit herrscht darin, dass zu hohe CO_2- und andere klimaschädliche Emissionen den Klimawandel verursachen – und dass sie im Wesentlichen aus der Nutzung fossiler Energieträger in Industrie, Energieerzeugung und Verkehr stammen. Rodungen von Wäldern, eine starke Verstädterung, Rohstoffabbau und eine chemieintensive Landwirtschaft verstärken die Prozesse.

Für den Klimawandel verantwortlich sind aus Sicht unserer Partner*innen „Staaten, multinationale Unternehmen und Eliten“ , „die Industrieländer“, die „Reichsten“ und ihre „Konsummuster“ sowie ihre „Gier“. Auch geographisch werden sie von einem Partner aus Burkina Faso verortet: Es sind „europäische, chinesische und amerikanische Industrien“, bei manchen Interviewpartner*innen sind es „die Menschen“ oder „der Mensch“. Häufig taucht auch „der Westen“ auf.

Ein Partner macht sich Gedanken über die psychologische Seite des „immer Mehr“: „Die Menschen wollen nicht auf ihren Komfort verzichten, die Unternehmen nicht auf ihre Profite, auch wenn dies zur völligen Zerstörung der Umwelt und zur Ausrottung aller Arten einschließlich des Menschen führt.“

Das westliche Entwicklungsmodell

Mehreren Interviewten zufolge fußen diese Tendenzen in einem westlichen Verständnis von Entwicklung, „westliches Modell“ taucht häufiger auf als „Konzerne“, „der Kapitalismus“, „die Industrie“. Das „Modell“ bedeutet eine grenzenlose Ausbeutung von Mensch und Natur und beinhaltet Produktion und Konsum ohne Ende. Ein Partner fordert vor diesem Hintergrund eine andere Ausrichtung unserer Prioritäten. Zu entscheiden sei, „was soll produziert werden und wieviel kann der Einzelne konsumieren, wenn jeder (in der Welt) einen gerechten Anteil haben soll.“

Vor allem brasilianische Partnerinnen bringen die von Männern bestimmte Dynamik des westlichen Entwicklungsmodells ins Spiel: „Wer entscheidet über Wirtschaft, Landwirtschaft, Information, Management und Bildung“, so die rhetorische Frage einer Partnerin. All diese Bereiche, „die Räume der Macht“, werden be-

Vor allem die brasilianischen Partnerinnen thematisieren den patriarchalen Zugriff auf die Natur: „Land, Wasser, Wind und Frauenkörper werden als Nutzobjekte dargestellt“

Dass der Klimawandel wissenschaftlich umstritten ist, ist ein Mythos

Die Erderwärmung ist vorwiegend menschengemacht. Wer das Gegenteil behauptet, lebt in einer Phantasiewelt und findet dafür kaum noch seriöse wissenschaftliche Belege. Schon vor rund 10 Jahren hielten 97 Prozent aller Klima-Forscher*innen die durch den Menschen verursachten Treibhausgase für den Temperaturanstieg seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts für verantwortlich (Auswertung von 12.000 Studien zum Thema durch Cook u.a., 2013). Einer aktuelleren Metastudie von James Powell aus dem Jahr 2016 zufolge bejahen sogar 99,94 Prozent aller Forscher*innen den menschengemachten Klimawandel. Powell kommt nach Auswertung von 54.195 wissenschaftlichen Artikeln aus dem Zeitraum 1991 bis 2015 zu diesem Ergebnis (Quelle: Die Bundesregierung in einer Antwort auf eine kleine Anfrage der AfD; 23.08.2019).

Auch der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen – IPCC – Weltklimarat genannt, bezieht seine Kenntnisse aus der Auswertung aller verfügbaren Fachpublikationen zum Thema Klima. Seine Aufgabe ist es, den Stand der wissenschaftlichen Forschung zusammenzutragen, zu bewerten und der Politik zugänglich zu machen. Das macht er mit einem Anspruch auf weitest gehende Objektivität.
So hält er es mit Berufung auf alle Fachstudien für „äußerst wahrscheinlich“, dass „Einflüsse des Menschen (...) die Hauptursache der beobachteten Erwärmung seit Mitte des 20. Jahrhunderts sind.“
Im jüngsten Sachstandsbericht von 2014 (der nächste wird erst 2021/22 veröffentlicht) wird auch betont, dass „die Belege für den Einfluss des Menschen auf das Klimasystem (...) seit dem AR4 (vierter Sachstandsbericht von 2007) zugenommen“ haben. (IPCC, 2014: Klimaänderung 2014: Synthesebericht. Beitrag der Arbeitsgruppen I, II und III zum Fünften Sachstandsbericht des IPCC, S.48.)

stimmt durch die „männliche Vision“ davon, „was Entwicklung ist.“

Sündenfall Naturbeherrschung

Häufiger als in unseren aktuellen Klimadebatten in Deutschland wird das Mensch-Natur-Verhältnis problematisiert, das dem westlichen Entwicklungsmodell zugrunde liegt. Der Mensch „fühle sich nicht genug für die Natur verantwortlich“, so eine Stimme aus Burkina Faso. „Menschliche Gier und die mangelnde Bereitschaft, alternative und nachhaltige Lebensstile zu akzeptieren“, ist laut einem ASW-Partner aus Simbabwe das Problem.

Aus Sicht einer Brasilianerin richtet sich der patriarchale Zugriff auf die Natur im weiteren Sinne: „Land, Wasser, Wind und Frauenkörper werden als Nutzobjekte dargestellt”, und sie beklagt, dass es ein System gibt, „das dieses Verhalten als normal darstellt“.

Naturbeherrschung ohne Grenzen ist also auch aus Sicht unserer Partner*innen eine Art Sündenfall im westlichen Entwicklungsmodell. Es müsse daher ein anderes Entwicklungsparadigma her, naturzentriert statt anthropozentrisch.

Dieser andere Blick zeigt sich auch in den ungewöhnlichen Worten einer brasilianischen Partnerin. „Das Land zeigt bereits Anzeichen dafür, dass es die Art und Weise, wie es ausgebeutet wird, nicht länger ertragen kann.“

Klima-Ungerechtigkeit...

Klimagerechtigkeit ist für zahlreiche Partner*innen kein Fremdwort, für einige allerdings schon. Die, die den Gedanken kennen, bringen auch die Klima-Ungerechtigkeit ziemlich präzise auf den Punkt.

„Menschen, die wenig bis gar nichts für den Klimawandel können, sind diejenigen, die den größten Preis dafür zahlen. Ihre Häuser werden überflutet, ihre Ernten fallen aus“, sagt z.B. ein indischer Partner. Diese Ungerechtigkeit wird auch in Verbindung zu anderen Gerechtigkeitskrisen gebracht: „Wieder profitiert eine Handvoll Menschen auf Kosten vieler“, sagt ein anderer.

Einige Partner*innen leiten daraus auch eine Verantwortung der reichen Länder ab: Vom Klimawandel am stärksten betroffene Länder müssen von der internationalen Gemeinschaft „gerettet werden“, damit sie ihren Bewohner*innen das Recht auf ein menschenwürdiges Leben garantieren können“, fordert eine Brasilianerin.

„Weltweit muss das Verursacherprinzip gelten“, spitzt es eine Inderin zu, „die Industrieländer müssen den Entwicklungsländern saubere Technologien zur Verfügung stellen, damit sie ihren Rückstand aufholen können.“

Vom Handel mit CO_2-Zertifikaten dagegen hält die Partnerin gar nichts. „Der Handel mit Kohlenstoff muss gestoppt werden, weil er es umweltverschmutzenden Industrien ermöglicht, die Umwelt weiter zu schädigen“, so ihre Forderung.

Andere weisen darauf hin, dass die Ungerechtigkeit auch innerhalb der Länder besteht. In Brasilien und Indien gibt es bekanntlich eine starke Mittelschicht, der es gut geht, wenn sie westliche Konsummuster kopiert.

Für einen anderen beginnt Gerechtigkeit beim persönlichen Verhalten: „Gerechtigkeit beginnt mit Bewusstheit: der Bereitschaft, den Schmerz der anderen zu sehen und sich nicht von ihren Bedürfnissen abzuwenden.“

… und Gerechtigkeit

Ein indischer Partner denkt über mögliche Reparationszahlungen an die Menschen des Südens durch die Industrieländer nach. Denn diese, so die Argumentation, hätten Treibhausgase schon seit der industriellen Revolution in die Luft geblasen. Dafür sollten sie heute bezahlen, „um eine gerechte Entwicklung für alle zu gewährleisten.“

Für einen anderen haben Länder, „die keine Entwicklungsfortschritte gemacht haben, Anspruch auf mehr atmosphärischen Raum als diejenigen, die über ihren gerechten Anteil hinaus konsumiert haben.“

Ein Mitarbeiter einer Organisation, die in Odisha mit Adivasi-Gruppen arbeitet, gibt dem Reparationsgedanken eine andere Wendung: „Im Mittelpunkt muss nicht nur die finanzielle Entschädigung stehen, sondern auch die wiederherstellende Gerechtigkeit, verstanden als die Wiederherstellung der Integrität unserer Mutter Erde und all ihrer Wesen.“

Brasilianische und indische Partner*innen wünschen sich mehr Rechte für indigene Gemeinschaften, weil diese ihre Waldgebiete nachhaltig schützen

Auch die Generationengerechtigkeit haben einige Partner*innen im Auge, wenn sie z.B. beklagen, dass „wir im Namen von Entwicklung die Ressourcen, die auch künftigen Generationen zugedacht waren, überausgebeutet haben“, oder – so ein anderer O-Ton – dass „die Reichen in ihrer Gier nach der Anhäufung von Gütern“ zukünftigen Generationen etwas nehmen.

Ausgleich für Jahrhunderte altes Unrecht

Und last but not least haben Partner*innen aus Indien und Brasilien noch einen Gedanken vorgetragen, der uns besonders gut gefällt und der z.B. die aktuellen Entwicklungen in Brasilien gut kontert. Sie argumentieren aus einer Menschenrechtsperspektive und fokussieren sich auf die Rechte der indigenen Gemeinschaften, in Indien „Adivasi“ genannt. Ihre Stärkung – so der Gedanke – wäre ein Akt von Gerechtigkeit. Denn indigene Gemeinschaften leben mehrheitlich in Waldgebieten, die sie nachhaltig nutzen und schützen. Mehr Rechte für sie würde bedeuten, dass sich Wälder wieder regenerieren. Und sie wären eine Art Ausgleich für Jahrhunderte altes Unrecht.

Zusammengestellt von Isabel Armbrust

Hitzewellen – Was sagt der Weltklimarat?

Recht eindeutig ist die IPCC-Einschätzung zum menschlichen Einfluss auf „wahrscheinlich“ häufiger auftretende Hitzewellen in weiten Teilen Europas, Asiens und Australiens. „Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Einfluss des Menschen zu den beobachteten globalen Veränderungen der Häufigkeit und Intensität von täglichen Temperaturextremen seit Mitte des 20. Jahrhunderts beigetragen haben. Es ist wahrscheinlich, dass der Einfluss des Menschen die Eintrittswahrscheinlichkeit von Hitzewellen in einigen Gegenden mehr als verdoppelt hat.“(IPCC, 2014: ebenda, S.53)

Klimakatastrophe im Amazonas

Die Prognosen der Wissenschaft werden Realität

VON SILKE TRIBUKAIT

Längst ist das, was wir vor einiger Zeit noch als „worst case“ angesehen haben, im Amazonasgebiet Realität geworden, und die vorhergesehene Kettenreaktion hat bereits eingesetzt: Entwaldung führt zu Austrocknung, dann zu Waldbränden und diese setzen gigantische Mengen CO_2 frei. Die Folge ist eine katastrophale Beschleunigung des Klimawandels rund um den Globus.

Trockenzeit am Xingu

Seit Jahren warnen Wissenschaftler vor dieser Entwicklung. Es gibt bereits unzählige nationale und internationale Studien zu der Thematik. Besonders intensiv haben sich der brasilianische Klimaforscher Carlos Nobre vom Nationalen Institut für Weltraumforschung (Inpe) und der US-Biologe Thomas Lovejoy mit den Folgen für den Amazonas beschäftigt.

Das Amazonasgebiet ist in den letzten Jahrzehnten durch verschiedene anthropogene Ursachen einem wachsenden Umweltdruck ausgesetzt. Dazu gehören direkte Belastungen wie Entwaldung und Waldbrände als auch die Belastung durch die globale Erwärmung. Die ökologische Stabilität der Amazonas-Regenwälder ist durch diese zunehmenden Störungen bedroht.

Eine der Studien weist auf direkte Konsequenzen im Amazonasgebiet hin: Abnahme der biologischen Vielfalt aufgrund von Veränderungen im Fortpflanzungszyklus von Pflanzen und Tieren. Als weiterer wichtiger Effekt deutet sich der Prozess der Savannisierung des Amazonas-Regenwaldes aufgrund des Temperaturanstiegs bereits an: Im 20. Jahrhundert ist die mittlere Temperatur im Wald um ein bis 1,5 Grad angestiegen, und seit 1970 hat sich die Trockenzeit in Teilgebieten von vier auf fünf Monate verlängert. Schwere Dürren wiederholten sich in den Jahren 2005, 2010 und 2016 und lassen mit den Überschwemmungen von 2009, 2012 und teilweise 2014 darauf schließen, dass das gesamte System in Unordnung ist.

Der Klimawandel hat auch zu Veränderungen der im Amazonas-Regenwald wiederkehrenden Naturphänomene geführt, zu denen die für Flora und Fauna* wichtigen zyklischen Flussüberschwemmungen in der Regenzeit gehören. Aufgrund von Änderungen des Niederschlagsvolumens und steigender Temperaturen treten extreme Ereignisse wie Dürren und Starkregen auf. Diese klimatischen Phänomene wirken sich negativ auf die Fischbestände und die landwirtschaftliche Produktivität aus und bedrohen so direkt die Ernährungssicherheit der in dieser Region lebenden Bevölkerung.

So erleben es ASW-Partner*innen aktuell am Fluss Xingu, wo der niedrige Wasserstand der Volta Grande (große Flussschleife des Xingu) seit zwei Jahren das Laichen der Fische verhindert und in kürzester Zeit die Fischbestände dezimiert hat. Die Folge sind massive Einkommensverluste derer, die vom Fischfang leben. Zudem können sie den Fluss an vielen Stellen nicht mehr mit ihren kleinen Booten befahren und sind immer öfter gezwungen, ihre Ladung und Boote über trockenen Fels zu tragen.

Als Teil einer Umfrage im Norden Brasiliens wurde in 62 Gemeinden im Amazonasgebiet die Anfälligkeit für den Klimawandel ermittelt. Die von der Oswaldo Cruz Foundation (Fiocruz) koordinierte Studie fand im Rahmen des Projekts „Vulnerability to Climate Change“ statt, das in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium durchgeführt wird. Demnach kann es in den nordöstlichen Regionen in den nächsten 25 Jahren zu einem Temperaturanstieg von 5° C und einer Verringerung des Niederschlagsvolumens um bis zu 25% kommen. Der Amazonas-Wald verliert bereits seit 30 Jahren sukzessive die Fähigkeit, CO_2 aus der Atmosphäre aufzunehmen und in der Biomasse zu speichern. Schon Mitte der 2030er Jahre könne er sogar zu einer Quelle von Treibhausgasen werden, erwarten die Experten um Geographieprofessor Simon Lewis von der Universität Leeds in Großbritannien.

Und sicherlich macht die brasilianische Politik die Lage nicht besser, denn Brasiliens Präsident Bolsonaro leugnet den menschengemachten Klimawandel und gilt als Gegner einer ambitionierten Klimapolitik. Zwar hat die Regierung inzwischen die Gründung eines „Amazonas-Rats“ vollbracht, der den Schutz des Gebiets koordinieren soll, aber die Befürchtungen von Expert*innen, es handele sich dabei nur um ein Feigenblatt, haben sich bereits bestätigt. Eine Gesetzesvorlage zur 100-prozentigen Überwachung der Umweltorganisationen hat die Zivilgesellschaft bereits dazu bewogen, einen Hilferuf an die internationale Gemeinschaft zu senden.

* Einige Fische ernähren sich in der Überschwemmungszeit direkt von Baumfrüchten.

Wie der Klimawandel das Leben der Frauen in Simbabwe beeinflusst

VON ALINA BRANGS UND KLEMENS THALER

Eine der gravierendsten Folgen des Klimawandels in Simbabwe ist das Ausbleiben von Niederschlägen. Ende letzten Jahres erlebte das südliche Afrika eine der schlimmsten Dürreperioden seit 1981. Infolgedessen, so schätzt das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP), stieg die Zahl der hungernden Menschen in der Region von knapp 29 auf 45 Millionen. Diese massive Nahrungsmittelknappheit wurde durch extreme Wirbelstürme und Überschwemmungen verstärkt. Zuletzt litt die simbabwische Bevölkerung unter den Folgen der Zyklone „Idai“ oder „Kenneth“. Sie suchten das Land 2019 heim und forderten hunderte Menschenleben. Bei diesen Umweltkatastrophen wurden nicht nur Häuser und Ackerland, sondern auch Schulen sowie ganze Nationalparks beschädigt oder mitunter gänzlich zerstört.

Das Ausbleiben der Ernteerträge hat auch direkte Auswirkungen auf die Arbeitssituation vieler Frauen.

Existenzgefährdende Auswirkung auf die Landwirtschaft

Circa 70% der Frauen im ländlichen Simbabwe sind im Landwirtschaftssektor tätig. Sie sehen sich mit dem Klimawandel und dessen Auswirkungen täglich konfrontiert. Durch die extreme Trockenheit in einigen Regionen fallen ganze Ernten aus. Auch die monsunartigen Niederschläge stellen ein enormes Problem dar. Sie führen in vielen Regionen zu Auswaschungen der Böden und zum Verlust wichtiger Bodennährstoffe. Die Folge ist ein schlechteres Pflanzenwachstum. Zusätzlich wurde bei vielen Pflanzenarten in den überschwemmten Gebieten Pilzbefall beobachtet, der nicht nur die Ernte vernichten kann, sondern auch Tiere schädigt.

Viele Kleinbäuer*innen berichten auch vom Verlust ihrer Weideflächen, mit der Folge, dass sie ihr Vieh nicht mehr ernähren können. Die Hitze fördert auch das Vorkommen von Zecken und Milben und schwächt damit die Immunität und Fruchtbarkeit der Tiere. Viele der Bäuer*innen, die sich keine Tiermedikamente leisten können, verkaufen ihr Vieh zu einem stark gesunkenen Marktpreis. Dies führt schlussendlich in den Gemeinden zu einem Rückgang der Milch- und Fleischproduktion.

Frauen, die in den Familien für die Nahrungsversorgung zuständig sind, spüren die Folgen solcher Entwicklungen am deutlichsten. Sie müssen sich nicht nur mit der Nahrungsmittelknappheit bei der täglichen Arbeit, sondern auch mit den konstant steigenden Preisen für Grundnahrungsmittel, wie etwa Mais, auseinandersetzen.

Mühsal des Wasserholens: Eine kleine Wasserstelle in einem versandeten Flussbett

Immense Arbeitslast und Schulabbrüche als Folge der Wasserkrise

Die klimatischen Veränderungen führen auch zu fundamentaler Wasserknappheit, die besonders Frauen zu spüren bekommen, weil sie für die Bereitstellung von Wasser für ihre Familien verantwortlich sind.

Laut WHO und UNICEF liegt der Zugang der Bevölkerung zu sanitären Einrichtungen bei 36% und zu sauberem Trinkwasser bei ca. 64%. Viele Frauen in

Simbabwe, die primär für die Hausarbeit und unentgeltliche Pflegearbeit zuständig sind, werden so gezwungen, lange Strecken zu geeigneten Wasserstellen sowie Warteschlangen in Kauf zu nehmen. Dies stellt eine zusätzliche zeitliche und somit psychische Belastung für Frauen dar.

Neben der Bereitstellung von Wasser sind viele simbabwische Frauen für die Energieversorgung des Haushalts zuständig. Zu ihren Aufgaben gehört u.a. das Sammeln von Feuerholz, das zur Energieerzeugung, für Tätigkeiten wie Kochen und Heizen oder für Lichtquellen genutzt wird. Diese familiären und kommunalen Verantwortlichkeiten sind mit langen Arbeitswegen, -zeiten und schwerer körperlicher Belastung verbunden.

In vielen Fällen sind die Mädchen der Familien folglich gezwungen die Schule abzubrechen und ihren Müttern bei der Hausarbeit und Beschaffung der genannten Materialien zu helfen. Mitunter kommt es vor, dass minderjährige Frauen an wohlhabendere Männer zwangsverheiratet werden, um so die Versorgung der Familie zu gewährleisten.

Gesundheit: eine Frage des Geschlechts?

Die vermehrt auftretenden Umweltkatastrophen haben auch schwerwiegende Folgen für die reproduktive Gesundheit von Frauen. Bei Überflutungen von Häusern und Straßen bleibt vielen der Zugang zu Krankenhäusern und anderen Gesundheitsressourcen verwehrt. In etlichen Fällen konnten werdende Mütter während der Geburt die umliegenden Krankenhäuser nicht erreichen, so dass auch die Mütter- und Kindersterblichkeit stieg.

Es ist nachgewiesen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen von Naturkatastrophen getroffen werden, signifikant höher ist als bei Männern. Sie halten sich meist Zuhause auf und werden somit häufiger verletzt oder verlieren ihre Lebensgrundlage. Armut, Ungleichheit und Marginalisierung nehmen dadurch zu. „Nach Katastrophen sind Frauen in der Regel einem höheren Risiko ausgesetzt, in unsicheren, überfüllten Unterkünften untergebracht zu werden, da ihnen Vermögenswerte wie Ersparnisse, Eigentum oder Land fehlen“ (Nour, 2011 in Tanyanyiwa et. al). Dies zeigt, dass der Klimawandel eine ganz spezifische Bedrohung für die Sicherheit vieler Simbabwerinnen darstellt.

Frauen als vulnerable Gruppe

Männer und Frauen sind unterschiedlich vom Klimawandel betroffen. Ihnen werden verschiedene Rollen zugeteilt und sie sind nicht in gleichem Maße an Entscheidungen beteiligt. In Simbabwe, wie auch in vielen anderen Regionen der Erde, leiden Frauen aufgrund ihres begrenzten Zugangs zu Ressourcen, den fehlenden Eigentumsrechten an Land und aufgrund ihrer begrenzten Anpassungsfähigkeit stärker unter den Auswirkungen des Klimawandels. Während viele männliche Familienmitglieder ihren Ausweg in der Abwanderung in urbane Gebiete und der Migration in Nachbarländer wie Botswana oder Südafrika suchen, bleiben Frauen meist auf dem Land zurück. Sie müssen folglich die Verantwortung als Ernährerinnen übernehmen. Dies stellt sie allerdings vor große Herausforderungen, da ihnen der Klimawandel in vielen Fällen ihre Existenzgrundlage entzieht.

Um dem Fortschreiten und den Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken, müssen nachhaltige Entwicklung und Geschlechtergleichstellung zusammen gedacht werden. Gefragt ist hier eine Gender-Perspektive. Die besonderen Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen müssen einbezogen und vorrangig verbessert werden. Durch die Anpassung an die veränderten Umweltbedingungen können die Probleme abgeschwächt werden, denen sich Frauen in Simbabwe ausgesetzt sehen. Anpassungsstrategien können allerdings nicht die einzige Antwort sein.

Um eine Gleichberechtigung voranzubringen, müssen Frauen stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden – ihre Handlungsmacht muss wachsen. Dazu gehört auch die Verbesserung des Zugangs zu natürlichen und produktiven Ressourcen.

Frauen in ländlichen Gebieten sollten Priorität in landwirtschaftlichen Programmen haben. Das leistet zum Beispiel der ASW-Partner Dabane Trust, indem er Frauen in allen Wassermanagement-Komitees tragende Rollen mit entsprechender Entscheidungsbefugnis einräumt. Unser Partner Envision Zimbabwe Women‘s Trust setzt sich für eine Gleichbehandlung der Frauen in Erbangelegenheiten und in der politischen Beteiligung auf kommunaler Ebene ein.

Die Lebenssituation afrikanischer Frauen unter dem Klimawandel

Migration als mögliche Anpassungsstrategie

VON NADJA KASOLOWSKY

Der afrikanische Kontinent gilt als besonders gefährdet durch die Auswirkungen des Klimawandels, unter anderem aufgrund der spezifischen geographischen Gegebenheiten und der ausgeprägten Abhängigkeit von Landwirtschaft. Doch Dürren, Wasserknappheit, Veränderungen der Niederschlagsmuster, Boden- und Küstenerosion sowie Wasserknappheit treffen die Menschen unterschiedlich, abhängig vom sozialen und ethnischen Hintergrund, von Region, Alter, Religion oder eben auch Geschlecht.

Die Frauen sind nicht nur Opfer der Umstände, sie können handeln, sich zusammenschließen oder aktiv migrieren

Die Klimawandelfolgen können bereits bestehende Vulnerabilitäten (Verwundbarkeiten) verstärken und die Lebensumstände von Frauen verschlechtern. Dennoch wäre es falsch, Frauen als rein passive Opfer der Umstände zu begreifen – auch sie haben die Möglichkeit, auf die Veränderungen zu reagieren. Migration ist dabei eine davon.

Zu den Gründen dafür, warum Frauen in Subsahara-Afrika von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen sind, zählen unter anderem Armut, fehlende Bildung, benachteiligende Geschlechterrollen und ein schlechterer Zugang zu Ressourcen. Zudem werden sie oft nicht an Entscheidungsprozessen beteiligt, sind aber aufgrund der Arbeitsverteilung abhängig von natürlichen Ressourcen. Studien zufolge sollen Frauen in Subsahara-Afrika für achtzig Prozent des Pflanzenanbaus verantwortlich sein – sie besitzen aber deutlich weniger Land als die Männer (je nach Region nur zwischen 1 und 13 Prozent des Landes).

Die Klimawandelfolgen rauben Frauen Zeit und Bildungschancen

Das bereits bestehende Bildungsdefizit wird teilweise durch die Auswirkungen des Klimawandels weiter verstärkt: Wassermangel sowie die Verknappung von Holz, Nahrungsmitteln und anderen Ressourcen zwingen Frauen und Mädchen, weitere Strecken zu laufen. Dabei verpassen sie teils Schulunterricht oder haben weniger Zeit, Einkommen zu verdienen, wodurch sich ihre vulnerable Ausgangslage verschärft.

Ebenfalls können sich die durch den Klimawandel steigenden Temperaturen negativ auf Frauen auswirken. Durch Arbeit draußen und insbesondere auf den Feldern sind sie Hitze ausgesetzt und müssen sich zudem um Familienmitglieder mit durch Hitze hervorgerufenen Krankheiten kümmern.

Frauen sind für eine Vielzahl von Aufgaben verantwortlich. In ländlichen Gebieten in Afrika wird ihr Arbeitsaufwand als dreimal so hoch wie der von Männern geschätzt. Insbesondere wenn Männer in Reaktion auf die Folgen des Klimawandels migrieren, beispielsweise um nach Ernteausfällen anderswo Einkommen zu erwirtschaften, sind Frauen häufig einer Doppelbelastung ausgesetzt. Sie müssen sich dann sowohl um den Haushalt als auch um die landwirtschaftliche Arbeit kümmern, die sonst eher von den Männern übernommen wird.

Gleichzeitig können sie dabei in manchen Fällen auch eine neue Verantwortung als Haushaltsoberhaupt übernehmen, und dadurch neue Autonomie und Entscheidungsmacht erlangen. Zudem können Frauen sich auch zusammenschließen und sich zu den Auswirkungen des Klimawandels und möglichen Anpassungsstrategien fortbilden.

Migration in Reaktion auf die Folgen des Klimawandels wird von Wissenschaftler*innen zunehmend nicht mehr als Scheitern der Anpassung an diesen, sondern vielmehr als eine weitere Anpassungsform betrachtet.

Migration als Anpassungsstrategie

Durch die Migration können finanzielle und soziale Ressourcen sowie Wissen erlangt und an die Herkunftsgesellschaft weitergeleitet werden, wodurch diese in ihrer Widerstandsfähigkeit gegen die Auswirkungen des Klimawandels gestärkt werden kann – beispielsweise durch Investitionen oder schlichtweg durch das zusätzliche Einkommen.

Obgleich dabei häufig vor allem Männer in den Fokus genommen werden, migrieren auch Frauen, wenn auch seltener und über kürzere Distanzen und Zeiträume. Gerade ärmere Frauen haben jedoch meist nicht die finanziellen Ressourcen und sozialen Netzwerke, um zu migrieren und werden durch ihre anderen Verpflichtungen wie Haushalt und Familie daran gehindert. Teilweise wird die Migration von Frauen als unethisch betrachtet. Auch während der Migration sind Frauen oft vulnerabler, indem sie einerseits gefährdeter für sexualisierte Gewalt und Menschenhandel sind und andererseits häufig in prekären, meist informellen Jobs arbeiten. Frauen sind hierbei einem größeren Risiko ausgesetzt, ausgebeutet zu werden.

Migrationserfahrungen von Frauen sind sehr gemischt

Diese Erfahrungen äußern auch migrierte Frauen in Burkina Faso in einem über eine Partnerorganisation der ASW geteilten Fragebogen: „Wir werden in den Städten von einigen Personen mit schlechten Intentionen als weniger als Nichts gesehen.“ Sie beschreiben, wie sie den ganzen Tag von früh bis spät arbeiten und manchmal Schwierigkeiten haben, Arbeit zu finden. Gleichzeitig würden sich ihre Familien darauf verlassen, dass sie Geld zurückschicken. Darüber hinaus beschreiben die Frauen, wie sie dazu beitragen, soziale Netzwerke aufzubauen und anderen Menschen zu Jobs zu verhelfen, aber auch, wie sich ihre Situation von der von Frauen in den Städten unterscheidet: „Wir sehen Frauen in den Städten und wir sagen, dass sie blühen, dass das Leben schön ist für sie. Kann es uns auch eines Tages gut gehen?“

Auf die Frauen selbst wirkt sich die Migration oft sehr unterschiedlich aus, abhängig von den persönlichen Hintergründen. Manchen von ihnen gelingt es, sich Selbstständigkeit, finanzielle Unabhängigkeit und einen höheren sozialen Status zu erarbeiten. Oder mehr Bildung und neue Fähigkeiten sowie den Zugang zu neuen sozialen Netzwerken zu erlangen. Doch auch wenn Frauen weiterhin aufgrund ihres Geschlechts strukturell benachteiligt werden, bedeutet das nicht, dass sie nicht als aktive Akteurinnen Handlungsmacht übernehmen und aus der Rolle des passiven Opfers heraustreten können: Sie können ebenso wie Männer dazu beitragen, dass die Widerstandsfähigkeit ihrer Herkunftsgesellschaft gegen die Auswirkungen des Klimawandels gestärkt wird. Die zurückgeschickten Ressourcen können zudem dazu beitragen, ihren Ruf zu verbessern.

Obgleich Frauen gefährdeter sind, negativ von den Folgen des Klimawandels betroffen zu sein, können auch sie auf diese reagieren und zur Widerstandsfähigkeit beitragen. Dabei öffnet sich der Raum für neue Handlungsmöglichkeiten, über die Frauen letztendlich auch neue Eigenständigkeit und eine Veränderung der Geschlechterrollen erreichen können.

Basierend auf der Bachelorarbeit „Claiming Agency? Women’s Migration as a Strategy to Mitigate the Effects of Climate Change“, Nadja Kasolowsky, Institut für Sozial- und Kulturanthropologie, Freie Universität Berlin, Sommersemester 2020.

Hauptquellen:
Abebe, Medhanit A. 2014: Climate Change, Gender Inequality and Migration in East Africa. Washington Journal of Environmental Law and Policy, Vol. 4, No. 1: 104-140.

Black, Richard, W. Neil Adger, Nigel W. Arnell, Stefan Dercon, Andrew Geddes und David S. G. Thomas 2011: The effect of environmental change on human migration. Global Environmental Change 21S: S3-S11.

Jolly, Susie und Hazel Reeves 2005: Gender and Migration: Overview Report. Brighton: Bridge/Institute of Development Studies.

Kasolowsky, Nadja 2020: Claiming Agency. Women’s Migration as a Strategy to Mitigate the Effects of Climate Change. Bachelorarbeit, FU Berlin: Unveröffentlicht.

Meyiwa, Thenjiwe, Thandokazi Maseti, Sizani Ngubane, Tebello Letsekha und Carina Rozani 2014: Women in selected rural municipalities: Resilience and agency against vulnerabilities to climate change. Agenda, 28:3: 102-114.

„Distress“-Migration* – Fünf Fallgeschichten aus Indien

VON ISABEL ARMBRUST

„Wir können unseren Familien nicht die Wahrheit erzählen. Sie würden uns nicht mehr erlauben zu gehen“, sagt ein Bewohner des Dorfes Alisisashan im Bundesstaat Odisha. „Auch unseren Freunden berichten wir eher von den guten Dingen, die wir erlebt haben.“

Rund 10 Männer haben sich an einem regnerischen Vormittag im Februar 2020 in einem Raum der ASW-Partnerorganisation JJS zusammengefunden, um uns ihre Geschichten zu erzählen. Alle sind oder waren temporäre Arbeitsmigranten. Gegangen sind sie meist aus Not, weil die von Dürren und Überschwemmungen heimgesuchte Landwirtschaft kein sicheres Auskommen mehr bietet. Von ihren Berichten erhoffen wir, die menschliche Seite dieser sogenannten „Distress-Migration“ besser zu verstehen.

Der junge Bopul ging als ausgebildeter Mechaniker in eine Firma nach Bangalore. Als einziger des Dorfes beschreibt er seine Zeit auswärts als eine gute Zeit. „Wir waren 10 Männer aus Odisha. Mit drei Kollegen teilte ich mir eine Mietwohnung. Ich war zufrieden“. Nur mit dem Essen kam er nicht gut klar. Statt der reichen Gemüseküche, die er aus Odisha kannte, gab es immer nur Sambar und Idli – kalte, leicht säuerliche Reisfladen. Auch in die Sprache des Bundesstaates, das Kannada, hineinzukommen, war schwierig. Weil er die dortige Schrift nicht lesen konnte, hat er beim Zugfahren manchmal die Station verpasst. „Ich kam wegen des Coronavirus vorzeitig zurück“, beendet der junge Mann seinen Bericht.

Ebenfalls vorzeitig, aber aus anderen Gründen, musste der rund 30 jährige Kurmul seine Arbeit in einer Baumwollspinnerei in Hyderabad abbrechen. Die Unterkunft war schlecht und er hatte kaum Zugang zu Wasser. Der Arbeitstag betrug 12 Stunden. Als der Arbeitgeber sie über die 12 Stunden hinaus arbeiten lassen wollte, kam es zum Eklat. Sie verweigerten die Mehrarbeit, der Fabrikbesitzer schloss sie daraufhin ein, sie konnten aber durch ein Fenster entkommen. Seitdem arbeitet Kurmul auf einer Baustelle unweit seines Dorfes.

Gelegentlich gibt es auch Solidarität

Auf ein ganzes Bündel sehr gemischter Erfahrungen blickt der schon etwas reifere Devapon zurück. Er war in Sikkim, Karnataka, Andhra Pradesh, Tamil Nadu, Goa und ganze 14 Jahre in Kerala. Überall war er als Stahlbinder tätig. Nach diesen unstetigen Jahren will er seinem Dorf nun nicht mehr den Rücken kehren. „Die Arbeit eines Stahlbinders ist extrem hart“, so der Mittvierziger. Auch konnte er seine Familie immer nur in großen Abständen sehen, denn diese war, wie meist üblich, im Dorf geblieben. Jetzt wird er mit seiner Frau sein und sich um die Kinder kümmern. Das jüngste ist sechs Monate.

„Als outsider habe ich mich schon manchmal gefühlt“, sagt Devapon. Am besten sei es für ihn in Kerala gewesen. Hier haben er und andere Arbeitsmigranten viel Unterstützung bekommen. „Wir schlossen uns immer jemandem an, der uns in die lokalen Gepflogenheiten einführte“. In der Fabrik in Kurnool waren die anderen Arbeiter sogar bereit, für sie zu kämpfen, wenn der Lohn nicht kam. Insgesamt sei das aber, wie Papon betont, eher eine seltene Erfahrung gewesen.

Bessere Ausbildung – bessere Migrationserfahrung. Ex-Arbeitsmigranten beim ASW-Partner JJS in Odisha

Richtig geprellt um seinen Lohn wurde ein etwas jüngerer Mann, der über einen Vermittler einen Job in einer Ölraffinerie in Andhra Pradesh fand. Davor hatte er in einer Eisfabrik gearbeitet. Erst kürzlich ist er zurückgekommen. Seine Unterkunft war 10 km vom Arbeitsplatz entfernt, der Transport oft schwierig. Denn der Bus der Firma hat nur örtliche Leute mitgenommen. Die Unterkunft hatte 30 Quadratmeter, 15 Leute mussten sich diese Fläche teilen. „Die Vermittler sind dann einfach mit dem Geld abgehauen, das mir zustand. Einmal musste ich fünf Tage am Stück gänzlich ohne Geld auskommen.“

Bei dem ebenfalls jüngeren Surbhui war es der fehlende Gesundheitsschutz, der ihn seine Arbeit in einer Stahlfabrik in Andhra Pradesh abbrechen ließ. In seiner Halle wurde Erz zerkleinert und weiterbefördert. Bei diesen Arbeitsschritten entstand viel Staub. Während Surbhuis Zeit in der Stahlfabrik gab es zwei Tote durch Staublunge. Das war für ihn ein Grund, ins Dorf zurückzukehren.

Können andere aus diesen Erfahrungen lernen?

Auf unsere Abschlussfrage, ob es an der Migration nicht auch etwas Gutes gäbe, antworten die Männer sehr zurückhaltend. „Das einzig Gute ist, dass man, wenn man migriert, überhaupt Arbeit hat. Hier im Dorf haben wir keine.“

Werden die Männer also mit dem weitermachen, was sie anfangs geschildert haben: migrieren, leidvolle Erfahrungen sammeln und ihren Nächsten einfach nichts davon sagen?

„Eigentlich sollten wir darüber berichten“, findet zumindest der Mitvierziger, der sich als alter Hase in Sachen Migration vorgestellt hat. „Denn aus unseren Erfahrungen könnten viele andere lernen.“

* Migration als Antwort auf Notlagen – die im ländlichen Indien oft durch die Klimawandelfolgen verstärkt werden

Auf der Suche nach Klimagerechtigkeit: Erkenntnisse einer Indienreise

VON SINA RAUCH

Im Februar 2020, ein Jahr nach einem Studiensemester in Delhi, begleitete ich Indienreferenten Detlef Stüber bei einer Projektbesuchsreise. Im Gepäck hatten wir unsere Fragen zum Thema Klima und Migration in Indien. Vom Sitz der ASW-Partnerorganisation Centre for World Solidarity (CWS) in der südindischen Großstadt Hyderabad ging es ins ländliche Telangana, in die Küstenstadt Vishakapatnam in Andhra Pradesh und zuletzt in den Bundesstaat Odisha. Wir trafen NGO-Mitarbeiter*innen, engagierte Einzelpersonen, die Forschungsgruppe einer Regierungsinstitution und Menschen in ihren Gemeinschaften und ASW-geförderten Projekten. Eines zeigte sich schnell – der Zusammenhang zwischen Klima, Migration und der viel beschworenen Gerechtigkeit ist komplex und vor allem eines nicht: neu, oder vorrangig die Zukunft betreffend.

Begrüßung beim ASW-Partner JJS in Odisha

Der Klimawandel trifft dort, wo es schon weh tut

Die Gründerin der Nichtregierungsorganisation Laya, Mrs. DSouza, drückt in treffenden Worten aus, was viele Gesprächspartner*innen im Lauf der Reise betonten: „Der Klimawandel ist ein zusätzliches Problem. Zu sagen, Migration ist wegen des Klimawandels da, wäre falsch. Der Klimawandel ist nur ein Faktor, der bestimmte Gemeinschaften noch verletzlicher macht.“

Welche Rolle spielt also Klimagerechtigkeit für bereits – nicht nur – vom Klimawandel Betroffene? CWS-Projektkoordinator Ramkumar Bendapudi hat in einer Forschungsgruppe zur Anpassung an den Klimawandel in Afrika und Asien daran gearbeitet, wie in „Hotspots“, also Krisenherden des Klimawandels, die Widerstandsfähigkeit verletzlicher Bevölkerungsgruppen und deren Lebensunterhalt sichergestellt werden können. In den prekären Situationen direkt Betroffener sei die Verbindung zu abstrakten Gerechtigkeitsfragen schwer herzustellen, da es zuallererst konkret um das eigene Überleben und über die Runden kommen gehe, meint Ramkumar. „Wenn du Klima und Gerechtigkeit betrachten willst, schau‘ dir die Hindernisse an, die der Gerechtigkeit im Weg stehen“, gibt er mir am ersten Reisetag als Ratschlag für meine Masterarbeit mit auf den Weg.

Die Realität ungleicher Lebenschancen

Von solchen Hindernissen hören wir dann auch gleich am nächsten Tag, ein paar Autostunden südlich von Hyderabad in der kleineren Stadtgemeinde Wanaparthy bei der ASW-geförderten „Rural Development Society“ (RDS) und einer Gruppe hausangestellter Frauen, die hier im Einfordern ihrer Rechte unterstützt wird. In vielen ihrer Heimatdörfer im ländlichen Telangana gibt es keine ausreichenden Lebensgrundlagen mehr: geringere bis keine landwirtschaftlichen Erträge, fehlende Wasserversorgung, verfallende Häuser. In den letzten 8–9 Jahren hätte sich all das durch stärkere Dürren verschärft. Aus der Frauengruppe heraus werden diese lokalen Folgen langfristiger Wetterveränderungen nicht in Verbindung mit den Begriffen Klima oder Klimawandel genannt, dafür aber mit einem Wunsch: Gerne würden sie bleiben, nicht zum Arbeiten woanders hinziehen müssen, wenn es nur ausreichende Möglichkeiten zum Wohnen und Wirtschaften gäbe. Ähnliches hören wir später aus einer Gruppe von zurückgekehrten Arbeitsmigranten beim ASW-Partner JJS in Odisha.

Aber die Realität sieht anders aus. Zwei Vertreter von den CWS-Ablegern CSA und WASSAN, jeweils auf nachhaltige Landwirtschaft und Wasserwirtschaft spezialisiert, teilen ihre Expertise und Eindrücke mit uns.

Lokale Krisen, globale Fortschrittsversprechen

„Keine Ernten, kein Wasser, keine Perspektiven“ drängten viele Menschen vom Land zur Migration, un-

Kompostgarten bem indischen Institut für ländliche Entwicklung

termalt Dr. G.V. Ramanjaneyulu vom CSA die kennengelernten Alltagserfahrungen aus den Projekten. „Mit oder ohne Klimadebatte, die Menschen nehmen Kenntnis von Veränderungen und deren täglich gefühlten Auswirkungen“, so der Agrarwissenschaftler, der trotz eines schon zwei Wochen anhaltenden Fiebers weiterarbeitet und zu unserem Gespräch in Hyderabad erscheint. Mit solchen saisonalen Gesundheitsbeschwerden sei er angesichts der für diesen Sommer angekündigten 50° Grad nicht allein, erzählt er. „Viele Menschen haben Gesundheitsprobleme – und sie sehen die auch bei Pflanzen.“ Für letztere sei oft fatal, dass die jährlichen Niederschlagsmengen in den letzten circa 15 Jahren zunehmend in wenigen, unberechenbaren Starkregentagen gefallen sind, während die Abstände zwischen den Regenperioden länger wurden und sowohl Überschwemmungen, wie auch Dürren mit sich brachten.

Auch Ravindra Adusumilli von WASSAN betont: Unsicherheiten über Beginn und Intensität des Monsuns hätten auch früher existiert, sich aber extrem verstärkt. Ebenso sei es mit der Migration. Das grundlegende Problem seien Produktionssysteme und -modelle, die das Leben auf dem Land unökologisch, unwirtschaftlich und damit unattraktiv für große Teile der Bevölkerung machen, hören wir von den NGO-Vertreter*innen sowie den Wissenschaftler*innen aus dem nationalen Institut für ländliche Entwicklung (NIRD). Soziale Hierarchien wie Kasten- und Klassenunterschiede würden etwa durch Regierungshilfen für Landbesitz statt für Kultivierung, Verteilung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten für Gemeinschaftsgewinne, fortgeschrieben. Und die im Namen von Armutsbekämpfung, Fortschritt und Entwicklung nach westlichem Modell umgesetzte „Grüne Revolution“ hin zur einer Landwirtschaft mit großflächigen Monokulturen und hohem Technologie- und Chemie-Einsatz löste weniger ökonomische Krisen, als sie ökologische schuf. Durch diese schon Jahrzehnte andauernden Krisen wirke die Klimakrise hier als drittrangig, meint Ramanjaneyulu.

Wissen, wie es anders geht

Damit diese zusammenhängenden Krisen überwunden werden können, müssen traditionelle, lokale und klimatisch angepasste Praktiken in der indischen Landwirschaft aufgewertet und wieder angewendet werden, sind sich unsere Gesprächspartner*innen einig. Die „Grüne Revolution“ hätte viel Wissen darüber ausgelöscht, so die Forschenden des NIRD. Dieses könnte nun aber gemeinsam mit innovativen Kultivierungsmethoden und -technologien den Weg zu einer sozial, umwelt- und klimaverträglichen Landwirtschaft bereiten.

In diesem Sinne tourt der ehemalige CWS-Kollege, Geograph und Buchautor Sai Bashkar N. Reddy für eine Rückbesinnung auf nachhaltige Landwirtschaftsmethoden durch die Dörfer des ländlichen Telangana und Andhra Pradesh. Er will diejenigen ermutigen und ermächtigen, die aus direkter Beziehung und Arbeit mit der Natur die Allgemeinheit versorgen. „Farmers as change-maker“, Landwirt*innen als Treiber von Veränderung, ist seine Devise: Damit wieder an die Erde zurückgegeben wird, statt im Überfluss von ihr zu nehmen. Damit menschliche Gemeinschaften in gesunde Beziehungen zur Natur, zu ihrer Umgebung, reintegriert werden. Das sei klimafreundlich, sagt Reddy – auch wenn er ‚Klima‘ für einen sehr abstrakten Begriff hält.

Das Klima für einen Systemwandel

Andernorts hat die Klimadebatte die Arbeit für soziale Gerechtigkeit konkret beflügelt. Die NGO Laya, die ihr Engagement bis zur internationalen Ebene der UN-Klimagipfel trägt, arbeitet an der Küste von Andhra Pradesh mit indigenen Adivasi-Gemeinschaften für deren Empowerment zusammen. Das tat sie schon, bevor der Klimawandel ein Thema wurde. Aber seit mit der Rio-Konferenz 1992 ein nationaler Diskurs um den Klimawandel begonnen hat, konnten die Menschenrechtsaktivist*innen von Laya ihre Ansätze für einen Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik und einen Systemwandel besser begründen und finanzieren, erläutert die NGO-Gründerin. Dafür sei es wichtig, so ihr Sohn Siddharth Dsouza, unterschiedliche Konsummuster deutlich zu machen – zwischen dem globalen Norden und Süden, aber zunehmend auch zwischen jenen der städtischen Mittel- und Oberklassen z.B. Mumbais gegenüber denen von marginalisierten Gesellschaftsgruppen, insbesondere auf dem Land. „Warum kopieren wir den Westen immer weiter? Es scheint, der Westen muss sich ändern, damit wir uns ändern“, sagt er nachdenklich und deutet damit zum Ende der Reise zurück auf unseren Teil der Welt, der sich selbst erst einmal grundsätzlich anders „entwickeln“ muss, bevor wir von einer Realisierung von (Klima-)Gerechtigkeit sprechen können.

Die Krisenursache kann nicht die Lösung sein

Mit einem Bekenntnis zum Wirtschaftswachstum haben die Grünen am 22.11.2020 ihren digitalen Parteitag beendet. Nur die Grüne Jugend hatte einen Änderungsantrag mit einer klaren Stoßrichtung gegen die Marktwirtschaft eingebracht. Denn sie sei nicht in der Lage, so die Argumentation, die Krisen unserer Zeit zu lösen. „Wachstumszwang und Profitmaximierung sind keine Antwort auf diese Krisen, sondern ihre Ursache“.

Müssen wir zurück zu einem einfachen Leben mit Selbstbegrenzung und Sesshaftigkeit?

Der Krisenursache Wachstumslogik möchten wir – mit Fokus auf die Klimakrise – auf den folgenden 8 Seiten nachgehen. Auch wir sind überzeugt, dass der Wachstumszwang, selbst bei maximal ressourcensparenden Technologien, ein Zuviel an Produktion und „unvernünftigen“ Innovationen generiert. Denn unser Wirtschaftssystem ist eben gerade nicht auf die Herstellung des gesellschaftlich Notwendigen und Wünschenswerten programmiert. Das System hat seine Bewegung von Produktion, Investition und neuer Produktion sozusagen auf Autopilot gestellt.

Das zeigt sich aktuell auch in der Coronakrise. Weil alle Sektoren inklusive des Finanzsektors so stark verflochten sind, dass bei Ausfall eines Gliedes das Ganze aus der Balance gerät, muss der Staat die großen Unternehmen mit milliardenschweren Hilfen stärken – statt das Geld ausschließlich für gesellschaftlich „sinnvolle“ Zwecke auszugeben: Für massive Aufstockungen bei Pflegekräften oder für die menschlichen Verlierer der Corona-Krise, Soloselbstständige, Künstler*innen, Obdachlose. Oder eben für ökologische Weichenstellungen.

Ohne Reduktion droht der Kollaps

Wenn also die grenzenlose Kapitalvermehrung unser Gesellschaft schadet und ihr durch die Zerstörung des Planeten die Lebensgrundlage entzieht, wenn andererseits ein grünes, d.h. umweltverträgliches Wachstum die Quadratur des Kreises ist, wie könnte dann die Lösung lauten?

Eine radikale Variante benennt der Volkswirt und Nachhaltigkeitsforscher Niko Paech: Eine reduktive Ökonomie, die auf Selbstbegrenzung und Sesshaftigkeit der Menschen basiert, die regional gegliedert wäre, Teile des Bedarfs durch Subsistenz, andere Teile durch eine konsequent auf Bedarfsproduktion ausgerichtete Industrie decken würde. Und die innerhalb definierter ökologischer Grenzen bliebe.

Auch Ulrike Herrmann, die in dem von uns vorgestellten Beitrag zunächst grüne Illusionen zerpflückt, geht von der Notwendigkeit der Reduktion aus. Als scharfe Analytikerin der Kapitallogik weiß sie allerdings um die Probleme des Ausstiegs: Ein plötzliches Herunterfahren würde eine massive Zerstörung von Wirtschaftskraft bedeuten, es könnte Milliarden von Menschen in den Abgrund reißen. Daher, so findet sie, muss über einen verträglichen Weg des Ausstiegs nachgedacht werden.

Sie spielt in ihrem Beitrag ein ungewöhnliches Szenario durch, das wir unseren Leser*innen in diesem Heft zur Diskussion stellen möchten.

Zudem möchten wir Sie einladen, zusammen mit uns über den Tellerrand der deutschen Debatten um Kapitalismus, Degrowth und Abwendung des Klimakollapses hinauszuschauen. ASW-Geschäftsführer Christophe Mailliet stellt Ihnen mit seinem Beitrag die in Frankreich bereits vieldiskutierten Einsichten der Kollapsologie vor.

Isabel Armbrust

Klimaschutz verlangt ein Ende des Wachstums

Was sich aus der Corona-Krise lernen lässt – und von der britischen Kriegswirtschaft ab 1940

VON ULRIKE HERRMANN

Die Corona-Pandemie machte das Undenkbare denkbar: Plötzlich flogen keine Flugzeuge mehr, der Ausstoß an Treibhausgasen sank rapide, Öl wurde zur Ramschware, und viele Länder führten eine Art bedingungsloses Grundeinkommen ein. Der Staat hatte allerorts das Sagen, und sogar die Neoliberalen forderten plötzlich milliardenschwere Konjunkturprogramme. Die Globalisierung schien genauso beendet wie der ungebremste Kapitalismus. Es wirkte, als wäre ein Weg gefunden, der zu mehr Nachhaltigkeit führt.

Rettet Ökostrom die Welt? Windkraftanlage in China

Doch dieser Schein trügt. Die Corona-Krise zeigt gerade nicht, wie man den Kapitalismus verlassen kann – sondern beweist im Gegenteil, dass unser Wirtschaftssystem zum Wachstum verdammt ist. Der Lockdown dauerte in den meisten Ländern nur wenige Wochen, und dennoch belaufen sich die Corona-Schäden nun auf Billionen Dollar. Längst wären viele Unternehmen pleite und fast alle Beschäftigten arbeitslos, wenn die Staaten nicht permanent neue Hilfsprogramme auflegen würden, um die Wirtschaft zu stabilisieren.

Momentan besteht der Trick darin, einfach neues Geld zu „drucken“, indem der Staat Kredite aufnimmt. Im wahrsten Sinne des Wortes wird die Corona-Krise mit Geld zugeschüttet. Die EU mobilisiert mehr als eine Billion Euro; Deutschland ist bei denkbaren Hilfen von etwa 1,4 Billionen Euro angekommen. Es ist unmöglich, diese gigantischen Schulden zu tilgen und zurückzuzahlen. Stattdessen setzt man auf Wachstum. Sobald die Wirtschaftsleistung steigt, verlieren die Schulden an Relevanz – bis sie irgendwann vergessen sind.

Der Kapitalismus braucht drei Planeten

Bleibt nur ein Problem: Die Klimaschützer*innen haben ja Recht, dass man in einer endlichen Welt nicht unendlich wachsen kann. Die Europäer, inklusive Deutschland, hinterlassen einen ökologischen Fußabdruck, als könnten sie drei Planeten verbrauchen, aber bekanntlich gibt es nur die eine Erde.

Bisher hoffen die Regierungen, dass sie Wirtschaft und Umwelt langfristig irgendwie versöhnen könnten. Die Stichworte heißen „Green New Deal“ oder „Entkopplung“ von Wachstum und Energie. Auch in den jetzigen Pandemie-Zeiten wird intensiv diskutiert, wie sich der Wiederaufbau nach der Corona-Krise ökologisch gestalten ließe.

Angeblich wäre es sogar billig, die Welt zu retten. Die meisten Studien gehen davon aus, dass ein vernünftiger Klimaschutz nur maximal ein bis zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts kosten würde. Fragt sich bloß, warum sich in der Umweltpolitik so wenig tut, wenn sie doch fast umsonst wäre? Irgendwo muss sich ein Denkfehler verbergen.

Um diesem Fehler auf die Spur zu kommen, lohnt sich ein Blick auf die CO_2-Steuer, die demnächst in Deutschland eingeführt wird und das „Herzstück“ der hiesigen Klimapolitik sein soll. Ab 2021 wird die Abgabe bei 25 Euro die Tonne CO_2 liegen, dann bis 2025 auf 55 Euro steigen und anschließend 55 bis 65 Euro betragen.

Kritiker bemängeln vor allem, dass die Steuer viel zu niedrig sei. So fordert das Umweltbundesamt, dass der CO_2-Preis bei 180 Euro die Tonne liegen sollte. Um

Die Stahlproduktion verursacht schon seit über 250 Jahren massive Emissionen

diese abstrakte Zahlen in die konkrete Welt zu übersetzen: Ein Liter Diesel würde dann etwa 50 Cent mehr kosten.

Auch Klimasteuer ist keine Wachstumsbremse

Das ist viel Geld. Doch leider gilt auch hier, dass der Satz „viel hilft viel“ falsch ist. Dem Klima würden die „Klimasteuern“ nichts nützen. Denn egal, wie hoch die Energiesteuern sind: Dieses Geld verschwindet nicht. Es wird nicht in einen tiefen Brunnen geworfen, um dort zu verschimmeln, sondern bleibt im System. Die Bürger*innen müssen zwar tiefer ins Portemonnaie greifen, wenn sie Energie verbrauchen – aber ihr Geld landet dann beim Staat, der es wieder ausgeben kann und damit für neue Nachfrage und neue CO_2-Emissionen sorgt. Die OECD musste bereits feststellen, dass es „keinen klaren Zusammenhang gibt zwischen den Emissionen eines Landes und der Energiebesteuerung“.

An diesem Befund ändert sich auch nichts, wenn die Energiesteuern sozial ausgestaltet werden. So wird bei der deutschen CO_2-Abgabe diskutiert, dass der Staat auf die Einnahmen verzichtet und ein „Energiegeld“ an die Haushalte auszahlt. Arme Familien sollen profitieren, weil sie eher wenig Energie verbrauchen, während die Reichen belastet werden. So gerecht diese Umverteilung ist: In der Summe werden die Haushalte netto genauso viel Geld wie vorher haben, um zu fliegen, Auto zu fahren und im Internet zu streamen.

Die Politik verwechselt Betriebs- mit Volkswirtschaft: Ein höherer CO_2-Preis hat zwar eine Lenkungswirkung – aber nur beim einzelnen Produkt. Die Gesamtwirtschaft wird weiter in die Klimakatastrophe gesteuert. Die Deutschen tappen in eine altbekannte Falle, die Bumerangeffekt heißt. Dieses Paradox wurde bereits 1865 vom britischen Ökonomen William Stanley Jevons beschrieben und ist eine der wenigen Voraussagen über den Kapitalismus, die sich als richtig herausgestellt hat. Wer Energie oder Rohstoffe spart und mit weniger Materialeinsatz die gleiche Gütermenge herstellt, der steigert in Wahrheit die Produktivität und ermöglicht damit neues Wachstum.

Rettung durch Ökostrom?

In der Umweltpolitik hat es daher wenig Sinn, nur auf Preise und Marktmechanismen zu setzen. Das weiß auch die Politik. Die große Hoffnung ist daher, dass man die gesamte Wirtschaft komplett auf Ökostrom umstellen könnte – ob Verkehr, Industrie oder Heizung.

Diese Idee klingt jedoch nur so lange gut, wie man die offensichtlichen Probleme dahinter verschweigt. Ein E-Auto ist, auch wenn es mit Ökostrom fährt, keineswegs umweltfreundlich, sobald auch die rohstoffintensive Herstellung berücksichtigt wird. Zudem entsteht Ökostrom nicht aus dem Nichts, sondern produziert ebenfalls Folgekosten. Windräder sind zwar längst nicht so umweltschädlich wie Kohlekraftwerke, aber auch sie greifen in die Landschaft ein und werden bald zu einem Müllproblem. Denn Windräder laufen nur maximal dreißig Jahre und sind anschließend eine Industrieruine aus neunzig Meter Schrott. Bisher ist noch völlig unklar, wie man die verschlissenen Rotoren-Blätter eigentlich recyclen soll.

Vor allem aber: Ökostrom wird immer knapp bleiben. Diese Aussage mag zunächst seltsam wirken, denn die Sonne schickt 10.000 Mal mehr Energie zur Erde, als die sieben Milliarden Menschen benötigen würden, wenn sie alle den Lebensstandard der Europäer genießen könnten. An physikalischer Energie fehlt es also nicht, und dennoch wäre es eine Milchmädchenrechnung zu glauben, dass Öko-Energie im Überfluss zur Verfügung stehen kann.

Denn Sonnenenergie allein nutzt gar nichts; sie muss erst eingefangen werden. Solarpanele und Windräder sind jedoch technisch aufwändig – jedenfalls deutlich aufwändiger, als Kohle, Öl oder Gas zu fördern und zu verbrennen. Momentan wirkt der Ökostrom konkurrenzfähig, weil damit „nur“ fossiler Strom ersetzt wird – und zwar im laufenden Betrieb. Die Bilanz wird sofort schlechter, wenn der Ökostrom gespeichert und in der gesamten Wirtschaft eingesetzt werden soll. Erhellend ist der „Erntefaktor“ EROI, der misst, wie viele Energie-Einheiten investiert werden müssen, um neue Energie-Einheiten zu gewinnen. Dabei stellt sich dann heraus, dass Ökostrom maximal die Hälfte der Netto-Energie liefern kann, die sich mit fossilen Varianten erzeugen lässt. Das ist bitter. Denn damit ist klar, dass Ökostrom teuer ist und sich die Effizienz halbieren würde. Sobald aber die Produktivität sinkt, kann es

kein Wachstum mehr geben. Die Wirtschaft muss schrumpfen, wenn man sie allein mit Ökostrom antreiben will.

Kein Weg führt am Schrumpfen vorbei

Aber wie soll man sich dieses Schrumpfen vorstellen? Es hilft, vom Ende her zu denken. Wenn Ökostrom knapp bleibt, dann ist eine klimaneutrale Wirtschaft nur denkbar, wenn man auf sämtliche Flugreisen und das private Auto verzichtet. Auch Banken und Versicherungen sind weitgehend überflüssig, wenn eine Wirtschaft schrumpft. Gleiches gilt für PR-Berater, Reisebüros, Messelogister oder Graphikdesigner.

In einer klimaneutralen Wirtschaft würde niemand hungern – aber Millionen von Arbeitnehmer*innen müssten sich umorientieren. Zum Beispiel würden sehr viel mehr Menschen in der Landwirtschaft und auch in den Wäldern benötigt, um die Folgen des Klimawandels zu lindern.

Auch ein E-Auto ist aufgrund der rohstoffintensiven Herstellung und des massiven Stromverbrauchs keinesfalls umweltfreundlich

Diese Sicht auf die Zukunft mag radikal erscheinen, aber sie ist im wahrsten Sinne des Wortes „alternativlos“. Wenn wir unseren CO_2-Ausstoß nicht auf netto Null reduzieren, geraten wir in eine „Heißzeit“, die von selbst dafür sorgt, dass die Wirtschaft schrumpft. In diesem ungeplanten Chaos käme es wahrscheinlich zu einem Kampf aller gegen alle, den die Demokratie nicht überleben würde.

Der Rückbau des Kapitalismus muss geordnet vonstatten gehen. Zum Glück gibt es bereits ein historisches Schrumpfungsmodell, an dem man sich orientieren könnte: die britische Kriegswirtschaft ab 1940. Damals standen die Briten vor einer monströsen Herausforderung. Sie hatten den Zweiten Weltkrieg nicht kommen sehen und mussten nun in kürzester Zeit ihre Friedenswirtschaft auf den Krieg umstellen, ohne dass die Bevölkerung hungerte.

Das erste Ergebnis war eine statistische Revolution: Damals entstand die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die bis heute ein Standardwerkzeug aller Ökonomen ist. Mit diesem neuen Instrument ließ sich ausrechnen, wie viele Fabriken man nutzen konnte, um Militärausrüstung herzustellen, ohne die zivile Versorgung zu gefährden.

Eine demokratische Planwirtschaft als Ausweg?

Es entstand ein Kapitalismus ohne Markt, der bemerkenswert gut funktioniert hat. Die Fabriken blieben in privater Hand, aber die Produktionsziele von Waffen und Konsumgütern wurden staatlich vorgegeben – und die Verteilung der Lebensmittel öffentlich organisiert. Es gab keinen Mangel, aber es wurde rationiert. Die Briten erfanden also eine private und demokratische Planwirtschaft, die mit dem dysfunktionalen Sozialismus in der Sowjetunion nichts zu tun hatte.

Die staatliche Lenkung war ungemein populär. Wie die britische Regierung bereits 1941 feststellen konnte, war das Rationierungsprogramm „einer der größten Erfolge an der Heimatfront“. Denn die verordnete Gleichmacherei erwies sich als ein Segen: Ausgerechnet im Krieg waren die unteren Schichten besser versorgt als je zuvor. Zu Friedenszeiten hatte ein Drittel der Briten nicht genug Kalorien erhalten, weitere zwanzig Prozent waren zumindest teilweise mangelernährt. Nun, mitten im Krieg, war die Bevölkerung so gesund wie nie.

Heute herrscht zum Glück Frieden, aber die gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist beim Klimawandel ähnlich groß. Wieder geht es ums Überleben der Menschheit. Aus der Corona-Krise lässt sich zwar nicht viel für die Zukunft lernen, aber eine Lektion hält sie doch parat: Der Staat hat erneut gezeigt, dass er schnell und wirkmächtig handeln kann. Diese Kompetenz muss er als nächstes nutzen, um geordnet aus dem Wachstum auszusteigen.

Ulrike Herrmann ist Wirtschaftskorrespondentin der taz und Autorin diverser Bücher zum Kapitalismus

Erstmals erschienen im Jahresmagazin der Urania Berlin „StadtNatur – Berlin ökologisch denken“, Saison 2020/21, S. 18 ff. mit freundlicher Genehmigung von Urania Berlin e.V.

Kollapsologie – Letzter Weckruf oder Panikmache?

VON CHRISTOPHE MAILLIET

Relativ unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit hat sich eine Diskussion rund um den Ansatz der „Kollapsologie“ entwickelt, der es u.a. in Frankreich bis in die großen Tageszeitungen geschafft hat. Er hat das Potential, den umweltpolitischen Debatten noch mehr Dringlichkeit zu verschaffen. Die bekanntesten Vertreter*innen haben inzwischen viel publiziert und dadurch eine kleine „Fangemeinde“ aufgebaut, die – ganz im Ernst – die Welt auf das nahe Ende der industriellen Zivilisation vorbereiten will, basierend auf Erkenntnissen aus verschiedenen wissenschaftlichen Bereichen.

Man wird unweigerlich an die sogenannten „Prepper“ erinnert, die vorwiegend in den USA mehr oder weniger zur Folklore gehören und schwer bewaffnet und in bis zum Rand mit Lebensmitteln und Munition gefüllten Bunkern dem kommenden Kollaps harren. Aber der Ansatz der sogenannten Kollapsolog*innen ist erkennbar ein anderer. Deshalb wäre es zu leicht diese Thematik süffisant beiseite zu wischen, um sich vermeintlich pragmatischeren Ansätzen zu widmen.

Es geht um mehr als Klimawandel

Was ist denn ein Kollaps? Die Definition, die von den Begründern der Kollapsologie Pablo Servigne und Raphaël Stevens („Comment tout peut s’effondrer“, Paris 2015) vorgeschlagen wird, lautet: „Es geht nicht um das Ende der Welt und auch nicht um die Apokalypse. Der Kollaps ist auch nicht eine einfache Krise (…) oder eine punktuelle Katastrophe (…). Ein Kollaps ist ein Prozess, an dessen Ende grundlegende Bedürfnisse (Wasser, Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Energie, etc.) einer Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr (für einen vernünftigen Preis) von gesetzlich geregelten Anbietern gedeckt werden.“

Ein Leben in exponentiellen Wachstums- und Verbrauchskurven hat den Planeten längst schwer beschädigt

Die Kollapsologie will nicht nur einen ungeschönten Blick auf den wahren Zustand des Planeten erreichen, sondern auch eine systemische Analyse der wirtschaftlichen und biophysischen Situation desselben ermöglichen. Es geht darum, zu begründen, warum das Ende „dieser Welt“ vielleicht näher ist, als bislang gedacht. Es wird aufgezeigt, wie dieser Zusammenbruch zustande kommen und aussehen könnte, und was er für die Menschheit in psychologischer, sozialer und politischer Hinsicht bedeuten würde. Es geht also um einen systemtheoretischen, transdisziplinären Ansatz, der scheinbar isolierte Phänomene miteinander in Beziehung setzt, und so eine Gesamtdiagnose des Planeten und der industriellen Zivilisation anstrebt.

In diesem Zusammenhang stellen genannte Autoren fest, dass öffentliche Diskussionen über diese Thematik oftmals starke Emotionen bei den Anwesenden auslösen. Denn naturgemäß haben diejenigen, die am meisten zu verlieren haben – im reichen globalen Norden – das größte Interesse daran, dass sich möglichst nichts ändert. Andererseits haben sie auch die größte Furcht davor, quasi „von heute auf morgen“ in ähnlichen Verhältnissen zu leben wie diese bereits in ärmeren Ländern herrschen. Es erscheint vielen Menschen undenkbar, sich noch zu Lebzeiten in einer Welt des Mangels, der unsicheren Zukunft und der gesundheitlichen Gefahren wiederzufinden, und doch ist dies inzwischen eine durchaus denkbare Aussicht.

Die menschliche Auffassungsgabe ist überfordert

Die schiere Dimension des Problems und die scheinbare Ausweglosigkeit der Lage in Bezug auf den Klimawandel und seine Folgen wurden vom englischen Philosophen Timothy Morton mit dem Konzept des „Hyperobjektes“ umrissen.[1]

Dieses besagt, dass der Klimawandel omnipräsent ist, aber dennoch nicht an isolierten Phänomenen festgemacht werden kann; dass er „nicht-lokal“ ist und seine Auswirkungen sowohl global sind als

Industrieruine in Detroit

auch sich über eine lange Zeit erstrecken. Darum können wir nur bestimmte Phasen davon erfassen. Weiterhin ist der Klimawandel „inter-objektiv“, sprich, er besteht aus einer Vielzahl von Phänomenen, ist aber mehr als die Summe davon. Das Erfassen von „Hyper-Objekten“ wie den Klimawandel erfordert also „hochdimensionales“ Denken – die Fähigkeit, einen Raum zu denken, der alle möglichen Phasen eines Systems erfasst. Hier stößt das menschliche Denken tatsächlich an seine Grenzen.

Aspekte der Kollapsologie: Alle Alarmzeichen auf Rot?

Die grundsätzliche Feststellung der Kollapsolog*innen ist, dass wir in entscheidenden Bereichen seit ca. 1950 in einer „Welt der exponentiellen Wachstums- bzw. Verbrauchskurven“ leben, die aber selten zu einander in Beziehung gesetzt, und auch oftmals in ihrer wahren Dimension nicht erfasst werden. Im sozio-ökonomischen Bereich betrifft dies u.a. das Bruttosozialprodukt, aber auch Bevölkerungswachstum, Auslandsinvestitionen, Energieverbrauch, Düngemitteleinsatz, Urbanisierung, Wasserverbrauch, Papierverbrauch, Produktion von Kraftfahrzeugen, Telefonen und Computern, Tourismus, etc.

Im biologisch-planetaren Bereich betrifft dies u.a. die Kohlenstoffdioxid-, Stickstoffmonoxid-, Methan- und Ozon-Konzentration in der Atmosphäre, den Anstieg der Temperaturen, die Versauerung der Meere, den Fischfang, die Bebauung und Zerstörung der Küstenbereiche, den Rückgang der Biodiversität, den Waldverlust, die Ausweitung von wirtschaftlichen Nutzflächen und die Beschädigung der Biosphäre. Dieses „Überhitzen“ des planetaren Systems wurde möglich dank der scheinbar unbegrenzten Verfügbarkeit von billiger Energie, die es manchen Ländern erlaubte, den Lebensstandard ihrer Einwohner*innen rapide zu verbessern, während nach wie vor ein Großteil der Menschheit in unwürdigen und prekären Bedingungen leben musste.

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich mehr denn je die Frage nach den Grenzen dieses exponentiellen Wachstums. Hier muss man unterscheiden zwischen Grenzen, die physisch nicht überwunden werden können (es gibt beispielsweise nur eine endliche Menge an Kohle, Erdöl oder bestimmten Mineralien) und bestimmten Schwellen, die zwar überwunden werden können, aber jenseits derer Systeme destabilisiert oder gar zerstört werden, die für das Leben notwendig sind – wie beispielsweise das Klima, Ökosysteme, der Süßwasserkreislauf, etc.

Vier von neun planetaren Grenzen sind schon überschritten

Kollapsolog*innen stellen fest, dass das exponentielle Wachstum der letzten Jahrzehnte dazu geführt hat, dass bereits mehrere „Schwellen“ gleichzeitig (insbesondere im Bereich der planetaren Systeme) überschritten wurden und dass wir zunehmend an unüberwindbare Grenzen stoßen. Dies ist besonders im Bereich der fossilen Energien der Fall, deren Gewinnung einen immer größeren Aufwand erfordert, aber auch

Flugzeugfriedhof in Arizona

Hafenviertel in Lorient. Weil die Fischerei praktisch tot ist, verfallen die Gebäude.

im Bereich von wichtigen Mineralien und Metallen. Wir nähern uns rasant dem „peak everything“, der den Einbruch des wirtschaftlichen Wachstums und somit auch des Finanzsystems nach sich ziehen würde, denn insbesondere der Energie- und der Finanzsektor sind eng miteinander verknüpft.

Laut eines Artikels von 2009 im Magazin „Nature“ gibt es insgesamt neun Bereiche, in denen bestimmte Grenzen auf keinen Fall überschritten werden dürfen, da sonst das Überleben der Menschheit gefährdet ist: der Klimawandel, die Integrität der Biosphäre, der Versauerungsgrad der Meere, der Rückgang des atmosphärischen Ozons, die Phosphor- und Stickstoff-Zyklen, die Belastung durch Aerosole, der Süßwasserverbrauch, die wirtschaftliche Nutzung der Böden und die chemische Verschmutzung. Sieben dieser Grenzen wurden bisher quantifiziert, wobei vier nachweislich überschritten wurden. Kurzum, es ist bereits in vielen Bereichen NACH zwölf.

Wann und wo kippt der erste Dominostein?

Das Fatale an dieser Entwicklung ist, dass diese „Subsysteme“ alle miteinander verknüpft sind. Sollte beispielsweise das Klima „kippen“, hätte dies unkontrollierbare und unvorhersehbare Konsequenzen auf die Biodiversität, bestimmte natürliche Zyklen, die Landwirtschaft, die Ernährungssicherheit etc. Es ist wie ein riesiges Domino-Spiel, dass aber nicht in seiner Gesamtheit zu erfassen ist. Es ist auch praktisch unmöglich, die „Kipppunkte“ zu definieren, zumal Veränderungen oftmals nicht graduell sind, sondern – wie beim Umstellen eines Schalters – Zustände sich praktisch von einem Punkt zum nächsten radikal ändern können, beispielsweise beim Kollabieren von Fischgründen oder Dürren, chemischen Belastungen etc. Es gibt also eine Vielzahl von „tipping points“ für die jeweiligen kritischen Bereiche, die sich gegenseitig auch noch beeinflussen können.

Die unkontrollierte Ausbeutung des Planeten durch den Menschen (der Einfachheit halber als „Klimawandel“ bezeichnet) ist also eine extrem komplexe Erscheinung, und als „Hyperobjekt“ nicht in allen Dimensionen mit Präzision zu erfassen. Aus diesem Grund wagen auch Kollapsolog*innen ganz bewusst keine Prognosen darüber, wann und wo der „entscheidende Dominostein“ fallen wird, und betonen, dass wir uns in dieser Hinsicht auf „begründete Intuitionen“ verlassen müssen. Sie sind sich aber einig, dass eine verheerende Verkettung von katastrophalen Ereignissen womöglich schon in wenigen Jahrzehnten erfolgen könnte.

Dies hat wiederum zahlreiche Kritiker*innen auf den Plan gerufen, die hier ein „unwissenschaftliches Vorgehen“ am Werk sehen, weshalb auch die Kollapsologie insgesamt nicht ernst genommen werden könne.

Ein weiterer Kritikpunkt, der häufig geäußert wird, ist, dass Kollapsolog*innen auch betonen, dass es notwendig sei, sich mit den emotionalen und psychologischen Auswirkungen eines drohenden Kollapses zu befassen. Interessant ist hier der historische Rückblick, denn in der Geschichte der Menschheit sind bereits zahlreiche mächtige Zivilisationen erblüht und dann wieder erloschen. Diese Kollapse hatten gravierende demographische, soziologische, psychologische, kulturelle und politische Auswirkungen, waren aber nie das Ende DER Welt, sondern „nur“ das Ende EINER Welt. Aus dieser Erkenntnis heraus betonen Kollapsolog*innen, dass die spirituelle Dimension eines solchen katastrophalen Wandels nicht außen vor gelassen werden sollte, wenn es darum geht, dessen Folgen zu bewältigen.

Instabile „nicht-lineare“ Zukunft?

Ist der Kollaps wirklich unvermeidlich? Ist es nicht möglich, durch technologische Innovationen in einem

„grünen Kapitalismus“, die schlimmsten Auswirkungen abzumildern oder gar noch zu verhindern? Servigne und Stevens verweisen hier auf „sozio-technologische Sperren“, die letzten Endes wahre Innovationen oftmals verhindern. Denn technologische Entwicklungspfade (bspw. im Bereich Landwirtschaft, Mobilität, Energie etc.) sind durch vergangene Weichenstellungen auf unterschiedlichen Ebenen derart vorstrukturiert, dass technologische Neuerungen oftmals nur versuchen, die Probleme vorangegangener Technologien zu lösen. Wirklich neue Technologien können sich kaum behaupten. Das System ist praktisch auf Autopilot. Allerdings ist niemand wirklich willens oder in der Lage, den Autopiloten auszuschalten, da nicht absehbar ist, ob eine sanfte Landung noch möglich ist.

Das große Paradoxon unseres heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist demnach, dass es umso fragiler wird, je mehr es alles erfasst, dominiert und ausbeutet. Das Fazit der Kollapsolog*innen hat es in sich, denn es besteht aus ihrer Sicht Sicherheit darüber, dass: a) das physische Wachstum unserer Gesellschaften in naher Zukunft enden wird und wir bald die planetaren Grenzen erreicht haben werden; b) wir das „System Erde“ bereits auf irreversible Weise verändert haben, mit potentiell gravierenden Auswirkungen beispielsweise auf die Ernährung oder die Wirtschaft; c) wir auf eine instabile, „nicht-lineare“ Zukunft zusteuern, in welcher große Krisen die Norm sein werden, und d) wir bereits jetzt der Gefahr von globalen, systemischen Zusammenbrüchen ausgesetzt sind, die aufgrund der zunehmenden Komplexität und Verbundenheit der jeweiligen Systeme nicht zu beherrschen sein werden.

Die Lösung kann nicht vom Problemverursacher „Wachstum“ kommen

Aus diesen Gründen könnte die Katastrophe bald der „Normalzustand“ sein und nicht einfach eine weitere „Krise“, aus der der Kapitalismus vermeintlich gestärkt wieder Fahrt aufnehmen wird. Es sei deshalb ein fataler Trugschluss zu glauben, dass wirtschaftliches Wachstum (und technologischer Fortschritt) die Lösung der kommenden Probleme sein wird. Denn dies setzt einerseits voraus, dass Wachstum auf ewig möglich ist und hat andererseits auch zur Folge, dass eine effektive Politik zur Umsetzung des einzig wirksamen Mittels auf Dauer keine Chance haben wird: die radikale und schnelle Reduzierung des Verbrauchs von fossilen Energien, auf welchem unser wirtschaftliches Modell basiert.

Kollapsolog*innen haben sich zunächst größtenteils darauf beschränkt, die Dimension des Problems zu beschreiben, um einen Bewusstseinswandel zu erreichen. Denn erst wenn man die Möglichkeit des Kollapses überhaupt zulässt und erkennt, dass es keine echten „Lösungen“ mehr gibt, können Strategien entwickelt werden, damit umzugehen. Es geht ihnen deshalb auch um eine „Normalisierung der kommenden Katastrophen“, die den Alltag der Menschen in Zukunft bestimmen könnten und um die Überwindung der psychologischen Barrieren, die eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik bisher verhindert haben. Natürlich werden von ihnen Modelle diskutiert, die auf Konzepte von „Degrowth“, „Transition-Ökonomien“ und eine Relokalisierung der Wirtschaft basieren, um zumindest die schlimmsten Folgen des kommenden Kollapses abzumildern.[2]

Blick in eine instabile „nicht-lineare“ Zukunft?

Es gibt aber definitiv noch viel zu tun, um solche Alternativen überhaupt diskussions- und irgendwann auch mehrheitsfähig zu machen. Deshalb ist es durchaus ein Verdienst der Kollapsologie, sich mit der „transdisziplinären Erforschung des Kollapses unserer industriellen Zivilisation, und dessen, was ihr folgen könnte“ zu befassen, und die Alarmglocken läuten zu lassen, bevor die Menschheit von den Ereignissen eingeholt wird.

Anmerkungen:

1 Für eine kurze Einführung, siehe: Timothy Morton, „Introducing the idea of ‚hyperobjects“, High Country News Nr. 47, 2015)

2 Die Idee einer „Gleichgewichtswirtschaft“ bzw einer „regenerativen und distributiven Ökonomie“, wie sie von Ökonom*innen wie Kate Raworth („Die Donut-Ökonomie“, London 2017) vorgestellt wurde, ist auch ein möglicher Ansatz, der sowohl die planetaren Grenzen bzw. die sog „ökologische Decke“ anerkennt, als auch das gesellschaftliche Fundament und die Bedürfnisse der Menschen im Blick hat.

Was können wir – was kann der Norden tun?

Wir fordern eine klimagerechte Verkehrswende!

VON RIVA MOREL; FRIDAYS FOR FUTURE BERLIN

Erst vor kurzem hat Fridays For Future eine eigens in Auftrag gegebene Studie veröffentlicht. Sie zeigt, mit welchen Maßnahmen Deutschland das 1,5 Grad Ziel noch einhalten kann. Wir müssten dafür aber bis 2035 klimaneutral werden, das heißt nur noch so viel CO_2 emittieren, wie wir auch einsparen können. Genau das ist es, was Fridays For Future seit über einem Jahr fordert und was von so vielen Politiker*innen als unverhältnismäßig und lächerlich heruntergespielt wurde.

Komischerweise zeigt die Studie auch, dass die Politik nicht mal mehr ansatzweise in die richtige Richtung lenkt. Würden wir nach Plan der Regierung handeln, stünden wir bald bei einer 3 Grad Erwärmung, mit unvorhersehbaren katastrophalen Folgen.

Vor allem der Verkehrssektor hinkt dabei enorm hinterher. Eigentlich müsste sich der Autoverkehr bis 2035 halbiert und der Flugverkehr um 20% reduziert haben. Inlandsflüge wären komplett verboten. Was wir aktuell aber sehen, ist eine komplett konträre Verkehrspolitik.

In Berlin wurde ein neuer, größerer Flughafen eröffnet, die Lufthansa wird mit Milliarden subventioniert. Und als wäre das nicht genug, wird in Hessen auch noch ein völlig intakter, kerngesunder Wald gerodet – für eine neue Autobahn, die vorwiegend die Lieferwege von zwei Großkonzernen begünstigt.

Währenddessen fehlen im Öffentlichen Personennahverkehr seit Jahren Milliarden. Gerade erst wurde wieder für höhere Löhne gestreikt. Um dagegen zu protestieren, entwickeln sich Aktionen des zivilen Ungehorsams als immer wichtiger werdendes Element der Klimagerechtigkeitsbewegung.

Was bei vielen vor einem Jahr mit Schulstreiks begann, führt heute weiter zu Besetzungen von Wäldern und Parteizentralen, Blockaden von Flughäfen und Massenaktionen in Kohlegruben.

Denn der Frust und das Unverständnis sind groß, weil die wissenschaftlichen Fakten und die öffentliche Meinung seit Jahren von der Politik ignoriert werden. Gerade in der Corona-Zeit sehen wir, was möglich ist, wenn Wissenschaftler*innen Gehör verschafft wird. Durch eine angemessene Klimapolitik könnten bereits jetzt Menschenleben im globalen Süden gerettet werden, aber Profit spielt in unserem System eben eine wichtigere Rolle als das Gemeinwohl.

Je weniger gehandelt wird, desto stärker wird aber die Klimagerechtigkeitsbewegung. Zwar sind Massenstreiks während eines Lockdowns keine Option, aber Fridays For Future bleibt durch alternative Aktionsformen weiter sichtbar. Ob durch eindrucksvolle Kunstaktionen oder Besetzungen von Wäldern.

Die Studie zeigt eben auch, dass 1,5 Grad noch möglich sind, wenn wir jetzt sofort handeln.

Und das schenkt Hoffnung!

Riva Morel ist Teil von FFF Berlin und aktiv bei den Anti-Kohle-Kids. Für beide Organisationen macht er u.a. Öffentlichkeitsarbeit.

Verkehrswende konsequent – Gute Argumente gegen die Elektromobilität

Wer neue Autobahnen baut, wie aktuell Schwarz-Grün in Hessen, nimmt den Klimaschutz nicht ernst. Denn neue Straßen induzieren neuen Verkehr. Und tatsächlich sind in Deutschland, während der CO_2-Ausstoß insgesamt rückläufig ist, die Emissionen im Verkehrssektor gestiegen. Der gesamte Verkehr steuert derzeit rund 19 Prozent aller klimaschädlichen Emissionen bei, den größten Posten davon verursacht der motorisierte Individualverkehr. Vor allem dieser muss also drastisch heruntergefahren werden.

Eine vom Wuppertal-Institut für Klima erstellte Studie[1] will die Verkehrswende durch eine Abschaffung der klimaschädlichen Subventionen im Verkehr, eine Halbierung des Autoverkehrs, eine Einstellung von Inlandsflügen und eine Verdoppelung von öffentlichem Transport, Rad- und Fußverkehr erreichen. Verbleibende PKWs sollen bis 2035 weitgehend durch Elektroautos ersetzt sein.

Energieintensive Produktion der Batterien sowie nicht nachhaltiger Strom zur Aufladung: Auch mit Elektroantrieb ist ein SUV nicht klimaverträglich

Zusammen mit Emissions-Reduktionen in den Feldern Energiewirtschaft, Industrie und Gebäudesektor soll dieses Verkehrspaket Deutschland bis 2035 klimaneutral machen. Das klingt sympathisch, hat aber aus unserer Sicht einen Haken: Die Elektromobilität.

Wir halten das Elektroauto für eine Mogelpackung. Es benötigt zusätzlichen Strom, für die die Kapazitäten der Erneuerbaren nicht ausreichen (siehe Beitrag auf S.21ff). Es braucht eine aufwändige Infrastruktur und Batterien, in denen seltene Rohstoffe verbaut werden. Allein das Kobalt aus dem Kongo ist ein starkes Gegenargument.

Knapp und griffig – das Buch zum Thema

Daher begrüßen wir es, dass der langjährige Verkehrsexperte und Ex-Bundestagsabgeordnete Winfried Wolf zusammen mit dem Infrastrukturexperten Carl Waßmuth kürzlich eine Blaupause für eine Verkehrswende vorgelegt hat, in der das Elektroauto keinen Platz hat. Die genannten Menschenrechtsverletzungen im Süden, die vielen Unfalltoten und Schwerverletzten durch den Individualverkehr und die durch die energieintensive Batterieproduktion anfallenden Emissionen machen das Elektroauto für sie inakzeptabel.

Obwohl die Autoren ihre Publikation „Manifest“ nennen, hinterlegen sie doch sehr detailliert, wie sich die vorgeschlagenen einzelnen Maßnahmen ihrer Verkehrswende (u.a. der massive Ausbau des Schienennetzes und öffentlicher Nahverkehr zum Nulltarif) finanzieren ließen. Zum Beispiel könnten alle aktuellen Subventionen für schädliche Verkehrssektoren und Ausgaben für Straßenbau in den Umbau fließen. Die bislang in keine Kalkulation einbezogenen externen Unfall- und Umweltfolgekosten bisheriger Mobilitätsarten, die gesamtgesellschaftlich enorm zu Buche schlagen, würden eingespart und dem Umbau zur Verfügung stehen.

Für die Umsetzung bedürfte es einer kluge Stadt- und Raumplanung, die auf Dezentralisierung, kurze Wege („Schluss mit Entfernungspauschale und Zersiedelung“) und damit Verkehrsvermeidung setzt – sowie Bürger, die diesen Weg einschlagen wollen. Dass es diese in großer Zahl gibt, unterfüttern Waßmuth/Wolf mit Ergebnissen diverser Umfragen. An eine Öko- bzw Verkehrswende-Diktatur, die Menschen zu einem anderen Verhalten zwingt, denken die beiden Autoren an keiner Stelle.

Eine öffentliche Kontrolle der Autoindustrie allerdings halten sie einer Überlegung wert. So könnten die deutschen Autokonzerne, die aktuell mit ihrem Dieselbetrug millionenfach die Gesundheit von Menschen geschädigt haben, grundgesetzkonform (Artikel 14 und 15) enteignet werden. Sie könnten dann „zu einer umfassenden Konversion ihrer Produktionslinien zur Herstellung von Produkten, die für die Verkehrswende sinnvoll sind“, gezwungen werden.

Isabel Armbrust

Carl Waßmuth/Winfried Wolf: Verkehrswende – Ein Manifest. Papyrossa 2020, 14,90 €

1) https://www.wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/5169

Klimagerechtigkeit bedeutet gerechte globale Beziehungen!

VON DER FRIDAYS FOR FUTURE FAKTENVERMITTLUNG BERLIN

Erst vor kurzem verkündete die EU im „Green Deal", dass sie bis 2050 klimaneutral sein möchte – das ist jedoch deutlich zu spät! Länder des Globalen Südens (Entwicklungs- und Schwellenländer) kämpfen bereits jetzt gegen Buschbrände, Gletscherschmelzen, Dürren und Überschwemmungen. Allein 2018 liefen ca. 900 Gerichtsverfahren gegen große CO_2-Emittenten in 24 Ländern, davon allein 654 in den USA.[1] Die Hauptverursachenden der gegenwärtigen Klimakrise sind Länder des sogenannten Globalen Nordens (Industrieländer), welche durch den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen die ohnehin schon schwierigen Lebensverhältnisse und Lebensgrundlagen ärmerer Länder zerstören.

Es liegt in der Verantwortung der Industriestaaten, den Globalen Süden beim Aufbau klimaneutraler Energiesysteme zu unterstützen

Trotz internationaler Verpflichtungen, die schadenverursachenden Aktivitäten zu stoppen, sind wir derzeit noch weit von einer effektiven Reduzierung entfernt. Obwohl die Schuldfrage durch das Klima-Übereinkommen von Paris 2015 geklärt wurde, diskutiert man international über die Verteilung. Halten wir fest, dass ein großer Anteil des Treibhausgas-Budgets der Menschheit schon verbraucht ist. Sollten die verbleibenden Emissionen gleichmäßig pro Kopf auf die Weltbevölkerung verteilt werden? Oder müssen historische Emissionen mitberücksichtigt werden? Diesen Standpunkt vertreten vor allem einige Länder des Globalen Südens: Da der Großteil des bereits emittierten CO2 durch die Industriestaaten des globalen Nordens verursacht wurde, stünde ihnen nun ein größeres Restbudget zu, das sie zum Aufbau ihrer Wirtschaftssysteme und damit auch zur Erreichung der drängendsten Entwicklungsziele (Ernährung, Sozialsysteme, Bildung) nutzen könnten. Klar ist, dass gesellschaftlicher Fortschritt ohne ausreichende Verfügbarkeit von Energie kaum denkbar ist. Doch dazu braucht es keine CO_2-intensive Wirtschaft. Allein durch erneuerbare Energien könnte der weltweite Energiebedarf um ein Vielfaches mehr gedeckt werden.[2]

Gerade der Globale Süden verfügt durch seine geographische Lage über gewaltige Ressourcen im Bereich von Windkraft, Solarenergie und Geothermie. Zudem könnte eine dezentrale Energieversorgung kostenintensive und störanfällige Zentralverteilernetze vermeiden. Zudem würde diese zur Verbesserung der Luft- und Wasserqualität führen, sowie zu einer größeren Unabhängigkeit von Preisschwankungen für fossile Rohstoffe auf dem Weltmarkt.[3] Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist vor allem durch die hohen Investitionskosten sowie fehlendes Know-How im Umgang mit den Technologien gehemmt. Gerade hier läge es in der Verantwortung von Industriestaaten, durch Finanzinstrumente (etwa Klimafonds für vergünstigte Kredite), sowie Wissenstransfer, den Aufbau klimaneutraler Energiesystem im Süden von Beginn an zu unterstützen[4].

Wir sehen, die Entwicklung des Globalen Südens ist auch ohne erhöhten CO_2-Ausstoß möglich! Hinsichtlich der Frage der Verteilung wäre eine Differenzierung der Emissionsreduzierung, gemessen am BIP und dem bereits in der Vergangenheit emittierten CO_2, die gerechteste Lösung. Allerdings bringen uns Schuldzuweisungen in der Klimafrage nicht weiter. Wir haben bereits neun aktive Kippunkte. Wissenschaftlich ist das Einhalten des 1,5 Grad Ziel keine Frage der technischen oder ökonomischen Machbarkeit, sondern vielmehr des politischen Willens. Und für diesen tritt Fridays for Future ein – in diesem Sinne: Wir sehen uns auf der Straße!

1 Vgl. Schäfer (2018):
2 Vgl. Kofler, B. / Netzer, N. (2014): Voraussetzungen einer globalen Energietransformation. Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Mai 2014.
3 Vgl. ebd.
4 Vgl. ebd.

Durch bewussten Konsum können wir eine klima- und sozial gerechtere Produktion fördern

VON CLAUDIA BRÜCK; TRANSFAIR

Die Corona-Pandemie hat auf verschiedene Weise gezeigt, welche Auswirkung unser Konsum hat: Regale mit Klopapier und Nudeln waren leer, Hefe über Wochen ausverkauft. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, wir alle kauften „richtig“ ein: Wir griffen zu den Waren, die sozial und ökologisch verträglich sind, zu saisonalen, biologischen und fair gehandelten Produkten. Nein, natürlich geht es nicht um Hamsterkäufe. Es geht nicht um mehr Konsum, sondern um bewussten Konsum. Unsere Werte und den Wunsch nach einer guten und sicheren Zukunft für alle können wir in unserem Alltag und beim Einkauf ausdrücken, indem wir zu Produkten greifen, die dieser Haltung entsprechen.

Foto: TransFair e.V. / Ilkay Karakurt

Die Klimakrise hat nicht nur eine ökologische Dimension, sondern auch eine soziale, das wird leider oft vergessen. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben und sich gegen die Auswirkungen des Klimawandels zur Wehr setzen können. Das gilt insbesondere für Länder des globalen Südens: Dort sind die Probleme der Klimakrise deutlich spürbar, sie sind existenzbedrohend. Dadurch, dass wir fair und nachhaltig einkaufen, können wir die negativen sozialen Auswirkungen der Klimakrise eindämmen.

Beispiel Kleidung. Ein T-Shirt legt im Verlauf seiner Herstellung viele tausend Kilometer zurück. Wir sollten uns bei jedem Neukauf fragen: Brauche ich das wirklich? Und brauche ich wirklich etwas Neues oder kann ich mit Freunden tauschen oder im Secondhandladen etwas finden? Wenn neu, dann sollten wir auf langlebige, nachhaltige und fair gehandelte Mode achten. Als im Frühjahr in Indien ein Corona-Lockdown verhängt wurde, standen viele Beschäftigte von Nähfabriken von heute auf morgen auf der Straße. Hersteller hatten einfach Aufträge storniert. Die Menschen standen vor dem Nichts. Bei Herstellern und Fabriken, die mit Fairtrade zusammenarbeiten, war das anders. Hier wurden Verträge aufrechterhalten und Näherinnen und Näher weiter beschäftigt.

Ein weiteres Beispiel ist Kaffee. Auch er wird von weit her transportiert. Verzicht ist die eine Möglichkeit, die andere, zu fair gehandeltem Kaffee zu greifen und so die Bäuerinnen und Bauern in den Anbauländern zu unterstützten. Das ist bitter nötig! Häufigere Wetterextreme wie Starkregen und Trockenheit machen den Anbau schwieriger. Steigende Temperaturen bedrohen die sensiblen Kaffeepflanzen zusätzlich, sie bringen neue Schädlingsarten und Pflanzenkrankheiten. Die Menschen, die vom Kaffeeanbau leben, brauchen stabile Preise und Planungssicherheit, damit sie in neue Pflanzen, Artenvielfalt und alternative Anbaumethoden investieren können. Da setzt der faire Handel an, und wir als Verbraucherinnen und Verbraucher haben eine konkrete Handlungsalternative.

Unser Konsum ist politisch. Wir haben die Wahl und die Chance, unsere Solidarität und Verantwortung in unserem Alltagshandeln zu zeigen. Wir können dadurch den Druck auf Wirtschaft und Politik erhöhen. Wir sind viele und wir haben mehr Macht und Einfluss als wir manchmal glauben.

Claudia Brück ist Vorständin für Kommunikation & Politik bei Transfair

Warum Regeln wichtiger sind als Flugscham oder Konsumverzicht

VON MICHAEL KOPATZ

Ökomoral kann nerven. Vor allem, wenn sie scheinheilig ist. Und das ist quasi permanent der Fall. Nur drei Beispiele:

Erstens: Rund 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger wollen weniger Autos in der Stadt haben. Tatsächlich mag aber niemand den Wagen stehen lassen oder gar abschaffen, ist die Zahl der Autos um sieben Millionen gewachsen und fahren wir soviel Auto wie noch nie.

Zweitens: Rund 90 Prozent sind angeblich bereit, viel mehr Geld auszugeben, für Fleisch aus artgerechter Tierhaltung. Real tun es nur 1–2 Prozent.

Drittens: Über 90 Prozent finden fairen Handel sehr wichtig. Warum liegt der Marktanteil dann nur bei zwei Prozent?

Moral ist sehr wichtig, sonst gäbe es ja gar kein Interesse am Klimaschutz. Die breite Mehrheit findet es wichtig, die Klimahitze zu bekämpfen. Über 30 Jahre Umweltbildung in Schulen und Universitäten, unzählige Artikel in Zeitungen und Zeitschriften, plastische und aufrüttelnde Dokumentationen im Fernsehen, all das hat bewirkt, dass die Menschen bereit sind – mental.

Jedoch: Wir können das kollektive Problem Klimakrise nicht individuell lösen. Es geht nicht darum, dass jeder bei sich anfängt, dass jeder verzichtet. Das kann bitte gern tun, wer möchte. Viel wichtiger als privater Konsumverzicht ist jedoch politisches Engagement, etwa in Form von Protesten und Demonstrationen.

Was dem Einzelnen nicht gelingt, müssen wir gesellschaftlich vereinbaren. Es ist töricht, wenn Politiker sich reflexhaft über Verbote aufregen. Es ist verboten, seinen Müll in Nachbars Garten zu werfen oder bei Rot über die Ampel zu fahren. Es ist verboten, giftige Schadstoffe in Lebensmittel zu mischen. Wo ist denn das Problem? Die meisten Regeln ermöglichen es überhaupt, dass wir unversehrt und in Freiheit leben können.

Die Leitbegriffe der Ökoroutine sind Standards und Limits. Steigende Standards sorgen dafür, dass sich die Produkte in den Supermärkten und Kaufhäusern ändern. Es ist naiv, Plastikmüllberge mit Kampagnen zu bekämpfen. Ein wirkungsvoller Standard wäre zum Beispiel, Getränke nur noch in Pfandflaschen zu verkaufen. Oder für Autos schrittweise strengere CO_2-Obergrenzen vorzugeben.

Politischer Protest bringt mehr als Konsumverzicht. ASW-Partnerin Alessandra Munduruku beim Klimastreik 2019 in Berlin

Limits begrenzen die Expansion. Das hieße beispielsweise für den Luftverkehr, die Zahl der Starts und Landungen einzufrieren, auch würden keine Straßen gebaut und nicht mehr Autos als gegenwärtig zugelassen. Zu limitieren, besser zu vermeiden, wäre das Flugtaxi. Es beschleunigt, schafft damit mehr Verkehr, ist klimaschädlich und macht niemanden glücklicher. Noch ein Beispiel? Wie wäre es mit einer Limitierung der Rinderhaltung? Das gab es mal, es hieß »Flächenbindung«.

Das sind keine abstrusen Forderungen. Es ist genau das, was wir tun müssten, wenn wir beginnen würden, unsere ökomoralische Einstellung ernst zu nehmen. Willst Du, dass es Deinen Enkeln einmal nicht schlechter geht? Das geht nicht ohne Limits.

Und wie kommen wir dahin? Wir müssen „den Arsch hoch kriegen“ und uns einmischen. Über mehr nachdenken als die Verwendung des Einkommens. Die Fridays for Future-Bewegung macht gerade sehr anschaulich, was sich durch Engagement und politischen Protest bewirken lässt. Politischer Protest bewirkt mehr als privater Konsumverzicht.

Michael Kopatz ist Soziologe, Umweltwissenschaftler und Projektleiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Kürzlich erschien von ihm im oekom-Verlag das Buch „Schluss mit der Ökomoral“.

Klimafonds oder Reparationen?

ASW-Partner*innen fordern Ausgleich der Klimagewalt gegen Afrika

VON BOUBACAR DIOP

Die Verantwortung Afrikas für den Klimawandel ist minimal, denn der Kontinent verursacht nur vier Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen. Aber Afrika leidet unter den Folgen, und dies „in einer sehr gewalttätigen Weise“, wie Joseph Kogbe, Koordinator der Partnerorganisation OPED und Mitglied des Afrikanischen Klima- und Entwicklungsnetzwerks, sagt.

Pressekonferenz bei einer Konsumentenorganisation in Togo

Es gibt viele Studien, die zeigen, dass die Länder des Südens weitaus stärker unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden als seine Verursacher. Aus Afrika lassen sich mehrere Beispiele anführen. Die Wüstenbildung betrifft 46 von 57 afrikanischen Ländern, führt zu einem Rückgang der Bodenfruchtbarkeit und schafft Ernährungsunsicherheit.[1] Sechs Länder (Guinea-Bissau, Sierra Leone, Südsudan, Nigeria, Demokratische Republik Kongo, Äthiopien) der zehn, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind, liegen in Afrika.[2] Viele Menschen sind aufgrund der durch Stürme und gestiegene Meerespegel fortschreitenden Küstenerosion gezwungen, ihr Land zu verlassen. Das Dorf Bargny und die Stadt Saint Louis im Senegal sind Beispiele für Orte, die vom Meer buchstäblich gefressen werden.

Die Legitimität der Wiedergutmachung

Es reicht nicht, das Problem der Klimagerechtigkeit nur zu betrachten. Nach der Feststellung der Schäden (Verlust von Menschenleben, durch Wirbelstürme zerstörte Häuser), der Identifizierung der Verantwortlichen (die Industrieländer) und des Nachweises des Kausalzusammenhangs zwischen Taten und Schäden, wäre das normale Vorgehen eine Wiedergutmachung der Schäden durch die Täter. Die Opfer des Klimawandels haben Anspruch auf eine solche Wiedergutmachung.

Um sich dieser Verantwortung zu entziehen, berufen sich die Industrieländer auf das fehlende Wissen zur Zeit der Industrialisierung. Damals sei den Akteuren nicht bekannt gewesen, dass ihr Handeln negative Auswirkungen auf das Klima hat und die Lebensbedingungen vieler Menschen auf der anderen Seite des Globus beeinträchtigt.

Darüber hinaus argumentieren sie, dass dieser Fehler nicht den heutigen Generationen angelastet werden kann, da sie nicht verantwortlich für die Handlungen ihrer Vorgänger sein können.[3]

Dies ist eine rein subjektive Behauptung. Das Nichtverschulden der Täter schmälert in keiner Weise das Recht der Opfer auf Wiedergutmachung. Und selbst wenn die heutigen Generationen keine Kontrolle über ihre Vorgänger haben, profitieren sie immer noch von deren Handlungen, die schädlich für den Planeten waren und sind.

In Afrika wird die Legitimität der Wiedergutmachung nicht in Frage gestellt. Sie wurde von den Klimaaktivist*innen Wangari Maathai und Benjamin Bibas auf der Vertragsstaatenkonferenz 2015 in Paris in ihrem Plädoyer *„Réparer L’injustice climatique en Afrique“* angesprochen[4]. Bereits zuvor wurden in diesem Kontext Anstrengungen unternommen: So wurde beim Abkommen von Cancún 2011 ein grüner Klimafonds eingerichtet.

Das Hauptziel besteht darin, die sogenannte „Entwicklungsländer“ in ihrer Politik der Reduzierung von Treibhausgasen, der Anpassung und der Widerstandsfähigkeit gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu begleiten. Die Zusage der Industrieländer, diesen Fonds bis 2020 mit 100 Milliarden Euro zu füllen, ist weit davon entfernt, jemals umgesetzt zu werden.

Nicht nur eine finanzielle Angelegenheit

Die geforderte Wiedergutmachung ist nicht nur finanzieller Art. Weil bestimmte Schäden nicht repariert und z.B. bei Küstenerosion die Klimavertriebenen nie wieder in ihr Dorf zurückkehren können, kann der finanzielle Aspekt nur ein kleiner Teil sein.

Andere Formen der Ungerechtigkeit verstärken die negativen Auswirkungen des Klimawandels. Im Senegal machen die von der Regierung unterzeichneten Fi-

schereiabkommen das Meer für große westliche und chinesische Schiffe zugänglich, die die Bestände überfischen. Einheimische Fischer kehren aufgrund der Knappheit an Fischen mit leeren Pirogen von ihren Fangreisen nach Hause zurück. Das Ergebnis ist der allmähliche Verlust ihres Broterwerbs.

Dies zeigt, dass im Kampf gegen den Klimawandel andere Herausforderungen zu bewältigen sind. Während Millionen von Menschen gezwungen sind, um ihr Überleben zu kämpfen, suchen andere nach technologischen Mitteln, um ihren Lebensstandard und ihren Komfort zu erhalten.

Die Geschädigten haben Rechte

Diese Forderung nach Wiedergutmachung ist keineswegs ein Akt des Bettelns. Aus Sicht von Mansour Ndiaye, Koordinator der Vereinigung zur Förderung der Agroforstwirtschaft (APAF) im Senegal, haben die Opfer des Klimawandels ein Recht darauf.

„Wenn wir von Wiedergutmachung sprechen, meinen wir die Notwendigkeit, das auf Raubbau an den Ressourcen basierende Wirtschaftssystem aufzugeben. Es ist für uns Afrikaner ein Cocktail aus Kapitalismus, von internationalen Finanzorganisationen auferlegter neoliberaler Politik, aus Korruption, schlechter Regierungsführung und sozialer Ungerechtigkeit.“ Der APAF-Koordinator weist auch darauf hin, dass die Unternehmen, die in Afrika die Umwelt verschmutzen, keine afrikanischen Unternehmen sind. Es sind multinationale Konzerne, die ihren Hauptsitz in den Industrieländern haben und die durch illegale Mechanismen alle ihre Gewinne in die industrialisierten Länder transferieren. Im Senegal etwa, so Ndiaye, hätten seit der Entdeckung von Gas und Öl Unternehmen wie BP und Total diese Sektoren dominiert und die Ozeane verschmutzt: „Die neuen Fischereiabkommen der EU mit der senegalesischen Regierung verstärken den Raubbau noch weiter.“ Auch in Äquatorialguinea und Gabun werde, so Ndiaye, die Ölförderung von dynastisch regierenden Familienclans (die Bongo-Familie in Gabun und die Obiang Nguema Mbasogo-Familie), und den multinationalen Konzernen, die sie an der Macht halten, dominiert.

Der anklagende Ton ist verschwunden

Der Diskurs über Wiedergutmachung hat sich jedoch auf afrikanischer Ebene weiterentwickelt. Der anklagende und denunzierende Ansatz hat nicht die erwünschten Früchte getragen. Diese radikale Position der 1990er Jahre, die auch von NGOs in Südamerika, zum Beispiel in Chile, vertreten wurde, die die Begleichung der ökologischen Schuld durch den Globalen Norden forderten, war nicht erfolgreich.

Kritiker*innen solcher Positionen halten sie für ein Alibi der Länder des Südens, die nur ihre Über-

Mansour Ndiaye, der Koordinator der ASW-Partnerorganisation APAF, versteht unter Wiedergutmachung die Beendigung des Raubbaus an den Ressourcen durch die Europäer

schuldung gegenüber internationalen Finanzinstitutionen und westlichen Staaten begleichen wollen. Und die Regierungen der Industrieländer bleiben gegenüber einem Ansatz der Wiedergutmachung ablehnend.

Die aktuelle Herausforderung des Kontinents im Zusammenhang mit dem Klimawandel besteht nicht nur darin, die Anpassung zu finanzieren, sondern auch die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten zu überwinden, die den Kontinent blockieren.

Leider lässt sich das Prinzip der zivilrechtlichen Haftung nur schwer für Klimagerechtigkeit nutzen. Auch wenn die Legitimität der Entschädigung nicht in Frage gestellt werden kann, bleibt ihre praktische Umsetzung schwierig. Klimagerechtigkeit umfasst vier schwer miteinander zu vereinbarende Verantwortungsebenen: Verantwortung zwischen Staaten, Verantwortung zwischen Individuen, Verantwortung zwischen den Generationen und Verantwortung gegenüber der Natur.[5] Zudem bleiben die zu Verantwortlichen erklärten Länder unantastbar, nicht nur wegen ihrer Souveränität als Staaten, sondern auch, weil sie sich aufgrund ihrer ökonomischen und politischen Macht in den Klimaverhandlungen am besten behaupten können.

1 van der Esch et al. (2017). Erforschung zukünftiger Veränderungen der Nutzung und des Zustands von Land und ihrer Auswirkungen auf Nahrung, Wasser, Klimawandel und Biodiversität: Szenarien für den globalen territorialen Ausblick der UNCCD. Globale territoriale Perspektiven der UNCCD. Zitiert in IPCC (2019), Kapitel 3.
2 Maplecrofts Atlas Klimawandel und Umweltrisiken 2014.
3 Justice climatique mondiale: Olivier Godard Seite 155
4 COP21: Réparer l’injustice climatique en Afrique: https://studylibfr.com/doc/6658149/cop21—-réparer-l-injustice-climatique-en-afrique
5 Justice climatique mondiale: Olivier Godard Seite 15

Umstrittener Klimaschützer Wasserstoff:

Zu den Risiken und Nebenwirkungen darf nicht geschwiegen werden

VON CHRISTIANE AVERBECK UND VERENA GRAICHEN

Ein Mittel gegen alles Übel gibt es weder in der Medizin noch beim Klimaschutz. Dennoch wird häufig der Eindruck erweckt, Wasserstoff könnte die Lösung für alle klimapolitischen Probleme sein. Doch so einfach ist es nicht. Die Liste an Risiken und Nebenwirkungen ist lang.

Die Herstellung und Nutzung von Wasserstoff sind sehr ineffizient: Es werden gigantische Mengen erneuerbaren Stroms benötigt ebenso wie Wasser und seltene Rohstoffe, etwa Iridium für den Bau von Elektrolyseuren. Zudem gibt es für viele Anwendungsbereiche deutlich bessere, weil ausgereiftere und effizientere Alternativen.

Darum ist Wasserstoff vielmehr ein Antibiotikum, das nur bei spezifischen Symptomen, hier der klimapolitischen Alternativlosigkeit, eingesetzt werden darf. Dies gilt für die Stahl- und Grundstoffchemie-Herstellung sowie im Schiffs- und Flugverkehr.

Das Versagen beim Ausbau der Erneuerbaren darf nicht dazu führen, dass Deutschland im Globalen Süden Wasserstoff produzieren lässt, etwa mit umweltschädlichem Strom aus Staudammprojekten.
Auf dem Foto die Staumauer von Belo Monte, Brasilien.

Foto: Todd Southgate

Klimapolitisch ist klar, dass von Beginn an das richtige Mittel eingesetzt werden muss und nicht übergangsweise auf ein weniger wirksames mit chronischen Langzeitfolgen zurückgegriffen werden sollte. Nur grüner Wasserstoff auf Basis 100 Prozent zusätzlicher erneuerbarer Energien ist zielführend. Übergangsweise auf CO_2-reduzierten Wasserstoff auf Erdgasbasis zu setzen, verzögert die Genesung (Klimaneutralität) nur unnötig. Die Wasserstoffstrategie muss sich an klimapolitischen Fortschritten messen lassen.

Zu guter Letzt ist es essenziell, die benötigte Menge des Wundermittels zu kennen und den Konsum gesundheitsschädigender Produkte möglichst zu unterlassen. Leider liefert die Nationale Wasserstoffstrategie hierzu nur grobe Eckpfeiler statt eine genaue Dosierung und Empfehlungen für einen suffizienten Lebensstil.

Für erneuerbare Energien nennt die Strategie unambitionierte Ausbauziele. Der aktuelle Entwurf zur Überarbeitung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes unterminiert diese noch. Dies öffnet die Pforten für blauen Wasserstoff und erhöht die Importabhängigkeit einer zukünftigen Wasserstoffwirtschaft.

Unsere Unfähigkeit, den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen, darf nicht dazu führen, dass im Kongo ein Riesenstaudamm ganze Dörfer und Ökosysteme zerstört, um Wasserstoff für den deutschen Markt zu produzieren.

Gerade durch die Coronapandemie haben wir gelernt, wie anfällig globale Lieferketten und eine hohe Importabhängigkeit sein können. Insoweit Wasserstoff ein globales Handelsgut wird, ist es vordringlich, ambitionierte Nachhaltigkeitsstandards und Herkunftsnachweise zu etablieren. Dafür werden wir uns im nationalen Wasserstoffrat einsetzen.

Christiane Averbeck ist Geschäftsführerin der Klima-Allianz Deutschland.
Verena Graichen ist stellv. Vorsitzende des BUND.
Der Beitrag erschien am 25.09.2020 in der taz

Forderungen aus dem Süden und lokale Lösungen

Die Südperspektive

ASW-Partner*innen fordern drastische Veränderungen und erproben intelligente Lösungen

Wir haben bei unseren Partnerorganisationen und in ihrem Umfeld nachgefragt, was aus ihrer Sicht auf globaler, nationaler und lokaler Ebene zur Bekämpfung des Klimawandels getan werden kann. Hier stellen wir ihre Prioritäten, Forderungen und Lösungsansätze vor.

Guajajara-Frauen beratschlagen über Lösungen zur Verteidigung ihres Landes gegen Holzräuber

Eine Antwort aus Indien unterstreicht die dringende Notwendigkeit, Lösungen zu finden: „Ich würde es lieber als Klimadesaster oder Klimakrise benennen anstatt bloß als Klimawandel“, so ein Adivasi-Aktivist. Die „unkontrollierte, massive Ausbeutung natürlicher Ressourcen (…) unter dem Banner von nationalem Interesse, Entwicklung und Wirtschaftswachstum“ muss aus seiner Sicht sofort gestoppt – und natürliche Ressourcen dürften nur noch für die Erfüllung von Grundbedürfnissen genutzt werden. Sonst würden nur reiche Leute noch einige Jahre überleben, aber die Armen hätte keine andere Wahl, als zu verhungern.

(Klima-)Schuld eingestehen, Verantwortung übernehmen, entschädigen und umverteilen

Gefördert werden muss deshalb laut unseren Partnerorganisationen in Brasilien und Indien, dass sich Verbrauchsgewohnheiten und Bewusstsein in den sogenannten entwickelten, reichen und dichtbesiedelten Ländern ändern, da diese von den Auswirkungen ihrer CO_2-intensiven Lebensweise bisher wenig zu spüren bekämen.

Viele Menschen seien mehr Umweltgefahren ausgesetzt, „die im Wesentlichen von Gruppen verursacht werden, die nur auf Profit aus sind“, benennt ein Partner aus Simbabwe diese Klimaungerechtigkeit und fordert, dass die Profiteure „die betroffenen Menschen entschädigen.“

Aus Kamerun werden dafür konkrete Schritte formuliert: „Die Welt muss zunächst akzeptieren, dass es eine klimatische Ungerechtigkeit gibt. Und dann müssen Unternehmen und große Firmen Verantwortung für ihren CO_2-Ausstoß und andere Emissionen übernehmen. Außerdem sollten Klimaflüchtlinge berücksichtigt werden.“

Schädliche Produktionssysteme politisch sanktionieren und begrenzen

Dass die Wurzel des Problems große, meist multinationale Unternehmen und Industriebetriebe sind und diese zur Rechenschaft gezogen werden müssen, wird von vielen Partner*innen geteilt.

„Internationale Umweltabkommen müssen über einen Mechanismus verfügen, damit die Länder diese Abkommen einhalten und die Umweltverschmutzung durch die Großindustrie der reichsten Länder reduzieren können“, findet eine brasilianische Partnerorganisation, die wie viele andere eine konsequente rechtliche und politische Durchsetzung globaler und nationaler Vereinbarungen als notwendig erachtet.

Verpflichtende Unternehmensverantwortung und Klimafonds, um gegenwärtig und zukünftig am stärksten betroffene Länder und Gesellschaftsgruppen zu finanzieren, werden zudem als Lösungswege genannt. Aus Burkina Faso wird uns eine konkrete Forderung übermittelt: „Führen Sie ein sozialeres Produktionssystem ein, erheben Sie Steuern von den Verschmutzern und zahlen Sie sie an diejenigen zurück, die am meisten unter den katastrophalen Folgen leiden. Wir fordern Rechenschaftspflicht und Sanktionen für Unternehmen, die sich schuldig gemacht haben“.

Radikal zu Ende denkt dies ein Partner aus Simbabwe: „Meiner Ansicht nach sollten alle Unternehmen und Branchen, die in hohem Maße zur Gefährdung und Verschlechterung der Umwelt beitragen, vom Betrieb ausgeschlossen werden, es sei denn, sie zahlen zufriedenstellende Entschädigungen und ihre Pläne sind umweltfreundlich und ‚bewohnerfreundlich‘“. Gerade dieser letzte Punkt zeigt: es geht um mehr als um finanzielle Entschädigung durch die Verursacher*innen (Polluter Pays Principle)– es geht auch

Mit biologischen Anbaumethoden und Agro-Forst-Systemen schützen die Bäuer*innen beim ASW-Partner Centrereda, Indien, ihre Böden

um einen anderen Umgang mit Umwelt und Menschen.

Verantwortung für Natur und Mensch, statt Verluste und Verdrängung

Aus unseren Interviews geht klar hervor, wie viel den Menschen im Globalen Süden bereits vor der Klimakrise genommen wurde. Betont wird vor allem der Verlust von Wäldern, aber auch von Land, Wasser, natürlichen Lebensgrundlagen und Lebensweisen. So ist die Klimakrise nur als Spitze des Eisberges zu lesen. Darunter liegen „Jahrhunderte grenzenloser Plünderei natürlicher Ressourcen durch ein nicht nachhaltiges, koloniales und kapitalistisches Modell mit energieintensiver Produktion und extravagantem Konsum einer privilegierten Minderheit“, wie es eine Menschenrechtlerin aus Indien ausdrückt.

Im Sinne einer Wiederherstellung des Verlorenen fordern Partner*innen nicht nur Respekt und Verantwortung für „Mutter Erde“ und alle Lebewesen, sondern auch ganz konkret einen Lebensunterhalt ohne Entbehrungen, Enteignungen oder Verdrängung – ob diese nun staatlich, wirtschaftlich oder klimatisch bedingt sind. Kooperationen von Staat und Unternehmen, die trotz solcher Probleme vorgeben, nationalen Interessen und Entwicklung zu dienen, stellen sich unsere Gesprächspartner*innen entgegen.

Widerstand gegen ein Entwicklungsmodell

So wird von indischen Partner*innen beklagt, dass die Regierung natürliche Wälder dem Ressourcenabbau und der Industrialisierung opfert und indigene Gemeinschaften aus ihren historischen Siedlungsgebieten vertreibt. Brasilianische Partner*innen fordern einen politischen Wechsel, da die jetzige Regierung die Zerstörung des größten Waldreservats der Welt durch Unternehmen nicht verhindert und damit auch „den einzigartigen Reichtum der ursprünglichen Völker bedroht“.

Gegen diese politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen sehen sie „Lebensentwürfe dieser Bevölkerungen als eine Möglichkeit, den Modellen der Entwicklungsprojekte der Hauptstadt entgegenzuwirken“. Auch von einem indigenen Aktivisten aus Indien hören wir einen solchen Lösungsansatz: „Es muss einen klaren Wechsel des Entwicklungsparadigmas geben. Wir sollten ein naturbasiertes oder naturzentriertes Entwicklungsmodell annehmen, statt eines menschenzentrierten.“ Und auch eine Partnerin aus Burkina Faso warnt davor, „in die Fußstapfen der westlichen Industrien mit ihren unangemessenen Methoden zu treten“.

Indigene und innovative Methoden für neue Entwicklungswege

Ein indischer Partner sieht den Klimawandel deshalb sogar als eine Chance für sein Land: „Wir müssen nicht dem Weg des Konsumstrebens folgen, den die entwickelten Länder gegangen sind. Wir könnten Technologien für einen Sprung auf unserem Entwicklungsweg nutzen, ohne von fossilen Energien abhängig sein zu müssen. Solar- und Windtechnologien haben es in den letzten 20 bis 30 Jahren weit gebracht.“

Insgesamt stehen „saubere“, „grüne“, „erneuerbare“ Energieträger ganz oben auf der Liste von Lösungen unserer Gesprächspartner*innen. Wissenschaftliche und technologische Innovationen funktionierten aber nur als Ergänzungen von und in Synthese mit indigenem und Gemeindewissen nachhaltig, befindet eine NGO, die in Indien mit indigenen Adivasi-Gemeinschaften zusammenarbeitet. Aus lokal verwurzelten Wissensbeständen und Praktiken ließen sich eher praktikable Lösungen finden, um Klimawandelfolgen die Stirn zu bieten und Alternativen für die Eindämmung des Klimawandels zu finden. Zu solchen Lösungen gehören zum Beispiel Landwirtschaft mit traditionellem Saatgut und natürlichem Dünger: „Lebensmittelproduktion, ohne der Natur zu schaden“, wie es Landarbeiter*innen aus Brasilien ausdrücken und viele unserer Gesprächspartner*innen als politisch förderungswürdig ansehen.

Durch Beteiligung in Gemeinschaften Veränderung ermöglichen

Vom eigenen Umfeld bis hin zur nationalen und globalen Ebene hat auch das Pflanzen von Bäumen und der Schutz der Wälder eine hohe Priorität bei den Befragten. Ein globaler Null-Abholzungspakt wird ebenso vorgeschlagen wie nationale Baumpflanztage und die lokale Einbindung möglichst aller Menschen, zum Beispiel durch Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme Arbeitsloser im Waldschutz. Auch darüber hinausgehend wird die lokale Sensibilisierung, Bildung und Stärkung von Kapazitäten als zentral angesehen, um Handlungsfähigkeit und Umweltschutz zu stärken:

Herstellung „grüner Kohle“ aus Pflanzenresten beim ASW-Partner SOS-Energie in Burkina Faso. Keine Bäume als Heizmaterial = weniger CO_2-Emissionen.

Einige Dörfer beim ASW-Partner SOS-Energie wurden mit diesem Solarkocher ausgestattet

etwa durch gemeinschaftliche Organisation von nachhaltiger Abfallentsorgung, geregelter Holzernte oder alternativen Wertschöpfungsketten, die lokalen Gemeinschaften direkt zu Gute kommen.

An Bedarf und Betroffenheit von Gemeinschaften orientiert

„Der erste Schritt besteht darin, die Menschen für eine Verhaltensänderung zu sensibilisieren und sie einzuladen, Umweltaktivisten zu werden“, so eine Projektpartnerin aus Burkina Faso. Eine solche Sensibilisierung stellen sich unsere Partner*innen eben nicht „top down“ vor, also von oben implementiert, sondern „bottom up“, an Bedarf und Betroffenheit von Gemeinschaften und Individuen orientiert.

So werden vielfach sogenannte „vulnerability assessments“ vorgeschlagen, welche auch innerhalb von Ländern und Gemeinden die am stärksten Betroffenen und ihren Unterstützungsbedarf identifizieren und Menschen in ihren Lebensrealitäten sichtbar machen sollen. Das gilt für bereits stark betroffene Regionen wie Küstengebiete in Togo genauso wie jeden Ort, jede Gemeinschaft, jedes Dorf, jeden Bezirk, wie ein indischer Aktivist meint: Menschen sollten zusammenkommen und diskutieren, wie sie lokal vom Klimawandel betroffen sind/sein werden, wie sie sich dagegen aufstellen und gegenseitig unterstützen sowie selbstorganisierte Gruppen für ihre Anliegen bilden können – insbesondere unter Einbeziehung von Frauen, Kindern, älteren und behinderten Menschen.

Einladen, zuhören, Lösungen finden

In Indien ist mit dem System der Gemeindeselbstverwaltung (Panchayat Raj) ein Grundstein dafür gelegt, erklärt Rukmini Rao vom CWS, der wichtigsten indischen ASW-Partnerorganisation. Jetzt sei dessen partizipative Umsetzung gefragt. „Inklusives Planen, das marginalisierte Gemeinschaften wie Dalits, Adivasi und Frauen miteinbezieht, ist dabei essentiell.“ Und was auf lokaler Ebene essentiell ist, gilt auch darüber hinaus, wie eine Dalit-Vertreterin betont: „Globale Bemühungen müssen sicherstellen, dass die Stimmen der unterdrückten und risikotragenden Bevölkerungen durch politische Programme, Finanzierung und öffentliche Berichterstattung eingeladen, gehört und beantwortet werden.“

Und damit bringt sie eine Botschaft auf den Punkt, die uns unsere Gesprächspartner*innen aus drei von der Klimakrise schon stark betroffenen Kontinenten mit ihren gelebten Herausforderungen und Lösungen mit auf den Weg geben.

Zusammengestellt von Sina Rauch

Wie unsere Partner*innen in Brasilien gegen den Klimawandel kämpfen

VON SILKE TRIBUKAIT

Ob sie sich nun „Wächter*innen“, „Krieger*innen des Waldes“ oder auch einfach nur „Hüter*innen des Wissens“ nennen, eines ist ihnen gemeinsam: sie wissen, dass sie nur zusammen etwas gegen den Klimawandel und zur Erhaltung ihrer Lebensgrundlagen tun können. Sie wissen auch, dass der Klimawandel menschengemacht ist, und dass rund um ihre traditionellen Gemeinschaftsländereien und kleinbäuerlichen Familienparzellen eine Landnutzung herrscht, die den Klimawandel begünstigt oder sogar stark fördert. Solchen schädlichen Formen der Landnutzung und einem Präsidenten, der den Klimawandel schlicht leugnet, stellen sie sich auf vielfältige und kreative Weise entgegen.

Einsatz für ein ökologisch sensibles Flussgebiet

Erst am Montag, den 9. November, haben etwa 150 Fischer*innen, Flussuferbewohner*innen, Kleinbäuer*innen und indigene Curuaya und Xipaya aus den Gemeinden Altamira, Senador José Porfírio, Brasil Novo, Anapu und Vitória do Xingu die Bundesstraße der Transamazônica bei Altamira besetzt, um gegen Norte Energia, die Betreiberin des Wasserkraftwerkes Belo Monte, zu protestieren. Unser Partner MXVPS, die Widerstandsorganisation Xingu Vivo para Sempre, hat die Menschen organisiert und auch in der Online-Berichterstattung über diese Aktion unterstützt.

Den Protestierenden zufolge hält sich Norte Energia nicht an die gesetzlich festgelegten Vorgaben zur Freigabe von genügend Wasser zwischen November 2020 und März 2021, um das Laichen der Fische der Region zu ermöglichen. Es geht vor allem um die Große Flussschleife des Xingu-Flusses, die Volta Grande do Xingu, ein Abschnitt von etwa 100 Kilometern Läge, der durch den Bau des flussaufwärts gelegenen Reservoirs für den Staudamm Belo Monte vom Hauptstrom des Xingus abgeschnitten wurde. Seit der Inbetriebnahme von Belo Monte hat sich die Lage an der Volta Grande drastisch verändert, da das Wasser zu den Turbinen von Belo Monte umgeleitet wird. Den Demonstrant*innen zufolge hat der niedrige Wasserstand der Volta Grande in den letzten zwei Jahren den Fischbestand so stark dezimiert, dass die vom Fischfang lebenden Menschen sich bereits nicht mehr ausreichend ernähren können.

Aber es ist nicht nur der Staudamm Belo Monte, der zu dem ausgeprägten Wassertiefstand führt. Laut unserer Partnerorganisation Xingu Vivo erlebte die Region des Mittleren Xingu 2020 eine der schwersten

Protest gegen die Betreiber von Belo Monte: Denn der Staudamm verstärkt die Folgen des Klimawandels und trägt zur Austrocknung des Rio Xingu bei.

Dürreperioden der letzten 50 Jahre. Durch die erhöhte Entwaldungsrate auch im weiteren Umfeld des Staudamms sind viele Nebenflüsse ausgetrocknet, was ein Fischsterben zur Folge hat und zu einem Verlust der Felder der Volta Grande-Bauern geführt hat. Die Nahrungsmittelproduktion und die wirtschaftliche Tätigkeit der Bauernfamilien sind ebenfalls beeinträchtigt. Jetzt fordern unsere Partner*innen von der Umweltbehörde Ibama, die Betriebsgenehmigung für Belo Monte auszusetzen, solange bis Norte Energia einen Mindestfluss von 16.000 m^3/s in der Volta Grande do Xingu für März und April garantiert, damit die Reproduktion von Fauna und Flora während der Fischlaich-Periode gewährleistet werden kann.

Schutz der Biodiversität und Wasserreserven

Auch unsere Partner im Cerrado sind aktiv im Kampf gegen den Klimawandel. Der Wasserhaushalt des Savannengebietes Cerrado zeichnet sich durch seine unterirdischen Wasserreservoire aus. Vor allem tiefwurzelnde Vegetation sorgt dafür, die Quellen der zahlreichen Flüsse z.B des Wassereinzugsgebiets Baixo Parnaiba zu speisen. Schon seit ein paar Jahren beklagen

Indigene Völker haben eine grundlegende Rolle bei der Bildung der in Südamerika vorkommenden Artenvielfalt gespielt: Hier demarkieren Guajajara-Frauen ihr Land.
Foto: Erisvan Guajajara

viele Kleinbauern, wie Vincente de Paula, der von unserem Partner Forum Carajás beraten wird, das Versiegen der Quellen auf seinem Land. Immer mehr Kleinbäuer*innen haben sich nun bereits dem Kampf von Vincente gegen die sich ausbreitenden Sojaplantagen angeschlossen. Sie wissen nach den zahlreichen Schulungen durch das Forum Carajás, wie wichtig die Biodiversität auf ihren traditionell bewirtschafteten Flächen für den Klimaschutz und für ihr Überleben ist.

Die organisierten Babaçu-Nussknackerinnen bei MIQCB wehren sich ebenfalls gegen das Vordringen der Sojaplantagen und Eukalyptusmonokulturen. Erst im Oktober haben sie die illegale Holzentnahme, vor allem heimischer Baumarten wie Pau dárco, Angico, Murici und Jatobá, zur Anzeige gebracht. Es ist nicht die erste Aktion dieser Art, aber diesmal haben sie es geschafft, die Holzräuber auf frischer Tat zu erwischen und den Abtransport des Holzes zu verhindern. „Mit der Menge Holz hätte man gleich drei Hausdächer decken können, aber wir wissen, dass hier niemand von uns ein Haus baut. Also müssen die Holzräuber aus einer anderen Gegend kommen. Überall in unserem Wald liegen nun gefällte Bäume. Das ist ein Verbrechen!“, empört sich Dona Rosa aus Vila Esperanca. Holzraub hat in den letzten drei Jahren stark zugenommen. Das Holz der nun gefällten Bäume haben sie erstmal in ihrem Gemeindehaus in Sicherheit gebracht und werden es für gemeinnützige Gemeinschaftsarbeiten einsetzen. Schon seit über 30 Jahren kämpfen sie für den Erhalt ihres Landes. „Dieses Land ist für die kommenden Generationen, damit sie auch Babaçunüsse ernten können und sich von den Früchten der Buruti und Bacuri ernähren können und damit die Wasserquellen nicht versiegen“, erklärt Dona Rosa. „Erst wenn die Bewohner einen legalen Eigentumstitel bekommen, können sie auch juristisch gegen solche Eindringlinge vorgehen“, erklärt die Rechtsberaterin von MIQCB Renata Cordeiro, die die Gemeinde dabei seit 2016 begleitet.

Indigener Waldschutz ist Klimaschutz

Wir wissen längst, dass Wälder aktive Wasserspeicher, Luftfilter und Bodenschützer sind und durch die Fähigkeit der Kohlenstoffspeicherung den Klimakiller CO_2 binden können. Bei naturnahen und artenreichen Wäldern sind diese Qualitäten besonders ausgeprägt, und nicht umsonst wird der Amazonaswald daher auch als Lunge der Welt bezeichnet.

Wie aber kann dieser seine Funktion am besten erfüllen? ASW-Partnerorganisationen in Amazonien verfolgen einen Ansatz des Waldschutzes, der die Menschen, die in und von den Wäldern leben, einbezieht. Es sind vorwiegend indigene Gruppen, die ihre Territorien schonend und nachhaltig nutzen und durch ihre Lebensweise sogar dazu beitragen, die Vielfalt der Fauna und der lokalen Flora zu erweitern.

Jüngste Forschungen haben gezeigt, dass indigene Völker eine grundlegende Rolle bei der Bildung der in Südamerika vorkommenden Artenvielfalt spielten. Viele Pflanzen sind beispielsweise als Produkt einheimischer Waldbewirtschaftungstechniken entstanden, wie Paranuss, Pfirsichpalme, Kakao, Babaçu, Maniok und Araukarien. Paranüsse und Araukarien etwa sind vor der europäischen Besetzung des Kontinents von indigenen Völkern über ein großes Gebiet verteilt worden.

Das Management der Artenvielfalt durch diese Völker spielte eine grundlegende Rolle bei der Bildung verschiedener Landschaften in Brasilien, sei es im Amazonasgebiet, im Cerrado, in der Pampa, im Atlantikwald, der Caatinga oder im Pantanal. Die indigenen Völker nutzen die natürlichen Ressourcen ohne die Ökosysteme zu gefährden und tragen somit zur Erhaltung der Biodiversität in Brasilien bei.

Ihre menschlichen Eingriffe beinhalteten auch die Umwandlung von armem Amazonasboden in einen sehr fruchtbaren Bodentyp: die Terra Preta de Índio. Es wird geschätzt, dass mindestens 12% der gesamten Oberfläche des Amazonas-Bodens so durch den Menschen verändert wurde.

Während im Amazonasgebiet, dem größten brasilianischen Biom, in den letzten 40 Jahren bereits 20% des Waldes abgeholzt wurden, haben die indigenen Territorien zusammen nur 1,9% ihrer ursprünglichen Wälder verloren.

Erhalt der Biodiversität für künftige Generationen

Und nicht nur für die Erhaltung der Wälder sind indigene Völker und ihre Gebiete wichtig. In einer Zeit, in der Wissenschaftler*innen auf den Rückgang der Vielfalt bei Wild- und Kulturpflanzen aufmerksam machen, hat die Agrobiodiversität in indigenen Völkern treue Hüter.

Viele Pflanzen, die heute auf unseren Tischen stehen, verdanken wir den landwirtschaftlichen Systemen der indigenen Völker. Açaí, Erdnüsse, verschiedene Arten von Kartoffeln und Paprika sowie eine große Menge Mais und Bohnensamen, um nur einige zu nennen.

Die Bedeutung indigener Gebiete für die Erhaltung der biologischen Vielfalt zwang den brasilianischen Staat zur Formulierung eines Rechtsrahmens zur Förderung des Umweltmanagements indigener Gebiete (PNGATI). Heute besteht der große Kampf der indigenen Völker darin, sicherzustellen, dass die aus dieser Anerkennung abgeleiteten Gesetze eingehalten und eine Landnahme durch illegale Eindringlinge verhindert wird.

Patrouillen gegen illegale Eindringlinge

Und so steht bei vielen unserer Partner*innen der Schutz ihrer Territorien im Vordergrund. Die „Kriegerinnen des Waldes“ (Projekt von FAOR) unternehmen eigene Patrouillen, um illegale Goldsucher und Holzfäller aufzuspüren. Mit Kameras und Drohnen dokumentieren sie aus sicherer Entfernung diese Gesetzesverstöße und überbringen sie der Bundesstaatsanwaltschaft. Selbst die indigenen Jugendlichen schließen sich nun mit einem eigenen Projekt (Zawato) den Schutzmaßnahmen an.

Eine weitere Stellschraube gegen Großprojekte aller Art und für den Schutz der Territorien ist das Recht auf freie, informierte und vorherige Zustimmung im Rahmen der UN-Konvention 169. Unser Projektpartner FASE berät dabei indigene und traditionelle Völker, erarbeitet zusammen mit ihnen Protokolle, die gerichtlich verwendet werden können. Eine Gemeinde konnte so bereits erfolgreich klagen und per Gerichtsurteil den Bau einer Straße durch ihr Territorium verhindern. Eine andere Aktivität ist die Verbreitung robuster Pflanzensorten. So hat der von FASE initiierte Saatgutaustausch zwischen Gruppen und Gemeinden rasant Fahrt aufgenommen. Es geht dabei um angepasste Pflanzen, die die Biodiversität bereichern und dort, wo der Klimawandel schon spürbar ist, für eine sichere Ernährungsbasis sorgen.

„Wir schützen so das Klima“, sagt Alessandra Korap Munduruku vom Projekt mit FAOR, die nicht umsonst als internationale Klimaaktivistin mit Preisen für ihr Engagement ausgezeichnet wurde. „Aber auch ihr müsst Euren Beitrag dazu leisten“, findet sie und meint uns Verbraucher*innen auf der anderen Seite der Welt.

Mundurukufrauen im Kampf um mehr Sicherheit und Schutz vor bewaffneten Holzdieben in Jacareacanga

Was haben Nudeln aus Hirse mit dem Klimawandel zu tun?

In Indien wappnen sich Bäuer*innen mit alten Getreidesorten gegen Dürren

VON ISABEL ARMBRUST

Im Bundesstaat Odisha ist Reis das am häufigsten angebaute Getreide. In Zeiten des Klimawandels, in denen die Regenfälle unregelmäßiger werden, ist Reis aber auch ein riskantes Getreide. Denn er braucht in seiner ersten Wachstumsphase relativ viel Wasser.

Ein spezielles Programm im Bundesstaat Odisha fördert daher seit 2017 die Ausweitung des Hirseanbaus. Die robustere Hirse übersteht trockene Phasen, ist wenig anfällig für Schädlinge und dabei reich an Nährstoffen.

Die von der Millet-Mission geförderten Hirsesorten

Mit Hilfe von lokalen NGOs – eine davon ist WASSAN, die aus der ASW-Partnerorganisation CWS hervorgegangen ist – setzt die staatlich geförderte „Millet Mission“ eine ganzheitliche Strategie um. Produktion, Weiterverarbeitung, Vermarktung und Konsum der Hirse werden zusammengedacht. Auch haben die Initiator*innen des Hirseprogramms aus dem Scheitern vorangegangener Ernährungsprogramme gelernt: Denn diesmal kommen die Bäuer*innen nicht nur als Adressat*innen vor, sondern werden mit ihrem Wissen und ihrem lokalen Saatgut direkt einbezogen.

Die Partizipation der Bäuer*innen ist das A und O

„Wir werden zunächst die Ausweitung des Anbaus der braunen Hirsesorte Ragi fördern“, sagt Aashima Chaudhary, WASSAN-Vertreterin und Koordinatorin der Millet Mission. „Denn dies ist die Sorte, die in Odisha noch am weitesten verbreitet ist.“ Weil es bei anderen Hirsearten einen Mangel an Saatgut gibt, wurde auch ein staatliches Saatgutprogramm gestartet. Aktuell werden vor allem Varietäten der „Little Millet“ vermehrt, die besonders gut dem Klimawandel trotzen. Ein weiteres Ziel ist, dass Hirse ins staatliche Nahrungsmittelverteilungssystem sowie in das staatliche Schulspeisungsprogramm aufgenommen wird. Seit der Grünen Revolution dominieren hier die weniger nahrhaften Getreide Weizen und Reis.

Und schließlich soll es für die Farmer*innen einen stabilen Abnahmepreis für ihre Hirse geben.

Hirse als Alternative auch für junge Bäuer*innen

Das klingt alles sehr überzeugend. Daher drängt sich am Ende für uns die Frage auf, warum es eigentlich die NGOs und insbesondere WASSAN braucht, wo doch die Regierung des Bundesstaates so gut aufgestellt ist.

„Das staatliche Agrardepartment von Odisha hat keine ausreichenden Kapazitäten“, sagt Aashima Chaudhary. „Vor allem fehlen Leute, um die Bauern zu schulen. Außerdem mangelt es an Knowhow. Denn die älteren Mitarbeiter*innen im Agrarministerium studierten zu einer Zeit, als Hirse noch ein Fremdwort war.“

Bei den Schulungen vermittelt WASSAN nicht nur neues Wissen zum Anbau und zum Schutz der Hirse. Wichtig sind auch Kenntnisse dazu, wie Hirse weiterverarbeitet und wie aus ihr Nahrung bereitet wird.

„Für jede Sorte ist das unterschiedlich“, sagt Frau Chaudhary. „Ragi z.B. kann Weizenmehl ersetzen, weil aus ihr ein gutes Mehl gewonnen wird. Und Small Millet kann Reis ersetzen“. Dazu muss sie zunächst von der äußeren Hülle befreit werden. Schälmaschinen, die die Millet Mission zur Verfügung stellt, leisten hier gute Dienste. Um den Bauern zu weite Wege zu ersparen, gibt WASSAN kleinere Maschinen auch direkt an die Gemeinden.

Stoppt Hirseanbau die Migration?

Natürlich stellen wir am Schluss des Interviews noch unsere Lieblingsfrage. Ist der Hirseanbau für die Bauern so attraktiv, dass er Migration verhindern kann?

Aashima Chaudhary warnt vor Vereinfachungen. „Letztlich kann man keine Prognose darüber abgeben, wann jemand migriert.“ Denn manche jungen Menschen würden auch ohne direkte Not migrieren. Im

Dorf sind die Strukturen oft so einengend für sie, dass sie einfach weg wollen. Vielen geht es auch darum, den Mühen der Landwirtschaft zu entkommen.

Gerade deshalb muss die Landwirtschaft wieder attraktiver werden. Es braucht Mechanisierung und Digitalisierung, damit die Arbeit leichter wird. Dazu gehören auch die oben genannten Schälmaschinen für die Hirse.

Die Perspektiven durch die Hirse seien nur ein Baustein, findet Aashima Chaudhary. Die Regierung muss für ein besseres Gesundheitssystem sorgen. Weil das System so schlecht ausgestattet ist, gehen 40–50 Prozent der Ausgaben der ländlichen Haushalte für Gesundheit drauf. „Hier muss die Regierung dringend investieren."

Nudeln aus Hirse stoßen auf Nachfrage

WASSAN kann allerdings nicht abwarten, bis das geschieht, sondern wird das Hirseprogramm vorantreiben. „Wir planen als nächstes, Nudeln aus Hirse zu bewerben. Denn in Indien gibt es heute eine große Nachfrage nach Nudeln".

Zusammen mit der Millet Mission wollen sie die Förderung auch auf einen Kombianbau von Hirse und Hülsenfrüchten ausweiten. „Wir greifen da eine alte Anbaupraxis auf: einige Reihen Linsen, einige Reihen Sorghum. Das System ist sehr flexibel. Bei starkem Monsun wird vielleicht ein Teil zerstört. Aber ein Teil wird überleben."

Bleiben trotz Klimawandel – Perspektiven für junge Menschen

Verschiedene Faktoren haben dazu geführt, dass die Landwirtschaft in Jharkhand (Indien) für junge Menschen immer unattraktiver wird. Einer davon ist der Klimawandel. Der ASW-Partner Jharkhand Resource Centre (JRC des CWS) hat daher Programme für diese Zielgruppe entwickelt, die zum Bleiben motivieren. Bei einem Treffen in Jamshedpur im Februar 2020 erläuterten uns Kolleg*innen die Einzelheiten.

„Die Jungen wünschen sich vor allem zwei Dinge", sagt der Ernährungs-Referent des JRC, Shaban. „Sie wollen ihre Würde wahren. Und sie wollen Cash." Die vom JRC unterstützten Programme haben diese Bedürfnislage aufgegriffen. Sie bilden die jungen Männer zum Beispiel zu ehrenamtlichen Agrarberatern aus und stärken so ihre Rolle in der Dorfgemeinschaft.

„Dabei wird ihnen auch vermittelt, wie Bäuer*innen von ihrer Abhängigkeit vom Reis wegkommen können." Andere Ackerpflanzen, die mehr Trockenheit vertragen, müssen dazu kommen. Außerdem ist es hilfreich, so Shaban, wenn der Ackerbau z.B. mit Geflügel- oder Fischzucht und mit Forstwirtschaft kombiniert wird. „Vielfalt macht resistenter."

Damit die jungen Bauern ausreichend Geld erwirtschaften, unterstützt das JRC auch beim Aufbau kleiner Produktionsstätten zur Weiterverarbeitung lokaler Produkte und bei ihrer Vermarktung. Begleitend macht das JRC Lobbying beim Staat, damit dieser Lücken im staatlichen System für Agrarkredite schließt. Junge Interessent*innen, so die Hoffnung, kommen dann leichter an Kredite.

Last but not least sollen auch neue Energiesysteme dazu beitragen, dass die jungen Farmer am Ende mehr Geld in der Tasche haben. „Biogas aus Abfällen kann andere Energieträger ersetzen", sagt JRC-Mitarbeiter Rajesh „Es ist sicher und hilft Kosten sparen." Rajesh, der beim JRC den Bereich Livelihood koordiniert, benennt zum Schluss noch eine weitere Dimension der Programme. Letztlich könnten sie auch dazu beitragen, dass junge Männer, die schon migriert waren, wieder dauerhaft in ihre Dörfer zurückkehren. „Dazu ist die Erfahrung, die sie auswärts gemacht haben, in verschiedener Weise hilfreich. So können sie beide möglichen Lebensweisen vergleichen und sich dann frei entscheiden."

Welche Aufgaben in der Dorfgemeinschaft stärken das Selbstbewusstsein der jungen Männer?

Revitalisierung von trockenem Boden im Südwesten Simbabwes

VON STEPHEN HUSSEY; DABANE TRUST

Die meisten blauen Linien auf Landkarten des Matebelelandes sollten eigentlich gelb sein. Denn in Wahrheit ist ein Großteil der Flussbette nicht mit Wasser, sondern mit Sand gefüllt, der vom umliegenden Land ausgewaschen wurde. Der Jahresniederschlag fällt normalerweise von November bis März. Und obwohl seine Menge für den Anbau von Feldfrüchten ausreichen würde, bekommen die Pflanzen zu wenig Feuchtigkeit, weil die Niederschläge nur selten und dafür heftig fallen. Das überfordert die Aufnahmekapazität der Böden; es wird lediglich der Oberboden gelockert, dadurch die sandige Schicht freigesetzt und in die Flüsse geschwemmt. In der Trockenzeit von März bis November fällt fast kein Regen und die Verdunstung übersteigt den Jahresniederschlag um das Vier- bis Fünffache. Bei 450 mm Jahresniederschlag verdunsten also etwa 2.000 mm. Doch auch innerhalb der Regenzeit können zwischen den Niederschlägen drei bis acht Wochen liegen – zuviel für die meisten Ackerpflanzen.

Workshop zu Wasserspeicherungsmethoden bei Dabane

Der Klimawandel verschlimmert die Situation

Obwohl die „durchschnittliche“ Niederschlagsmenge im Großen und Ganzen gleich geblieben ist, haben Wetterextreme zugenommen. Dadurch ist es extrem schwierig geworden, erfolgreich Nutzpflanzen anzubauen. Viele Familien sind auch gezwungen, ihr Vieh zu verkaufen, um zu überleben. Tun sie dies nicht, sind sie oft nicht mehr in der Lage die Tiere ausreichend zu versorgen und sie erkranken, verhungern oder verdursten ohnehin.

Wirksame Maßnahmen für die Landwirtschaft

Dabane konnte mit Unterstützung der ASW und durch die intensive Zusammenarbeit mit Kleinbäuer*innen eine Reihe von Methoden entwickeln, die den Niederschlagsabfluss reduzieren, das verfügbare Nutzwasser in den Flussbetten erhöhen und folglich die Pflanzenproduktion steigern. Dabei wird mit einem „bürgerwissenschaftlichen“ Ansatz gearbeitet: Gemeinsam mit Kleinbäuer*innen werden Systeme und Ideen entwickelt, die ein Überleben trotz der geänderten Umstände ermöglichen. Die Mitarbeiter*innen von Dabane organisieren zudem Schulungen, in denen die Kleinbäuer*innen das Vertrauen gewinnen, neue Land- und Pflanzenbewirtschaftungssysteme auszuprobieren und anzuwenden.

Dabanes ausgefeilte Techniken verlangen von den Bäuer*innen ein Umdenken

Nicht den Pflug zu verwenden, der den Boden lockert und die Erosion verstärkt, sondern die von Dabane entwickelten Geräte und Techniken, verlangt den Kleinbäuer*innen viel Mut ab. Diese fangen z.B. den Regen für die Pflanzen auf, verlängern die Feuchtigkeitsverfügbarkeit und reduzieren den Stress der Pflanzen bis zum nächsten Niederschlag. Hierfür werden etwa Mist und Blätter des Mapone-Baums als Mulch um jede Pflanze herum ausgebracht, um die Verdunstung zu verringern. Auf dem Weideland werden entlang der Grenzen lose Steinmauern gebaut, um den Niederschlagsabfluss zu reduzieren – alles Systeme, um den Regen in den Boden zu leiten, das Land zu konservieren oder in manchen Fällen zu revitalisieren. Weil es arbeitsintensive und harte Handarbeit ist, zögern „traditionellere“ Kleinbäuer*innen, das System zu übernehmen. Wenn sie sich doch dazu durchringen, können die Ernteerträge auf diese Weise in der Regel verdreifacht werden.

Einer der wirkungsvollsten Ansätze von Dabane ist der Bau von Sanddämmen. Sie werden in die eingangs erwähnten oberflächlich trockenen Flussbette gebaut, um den Sand zurückzuhalten, der flussabwärts verloren gehen würde. Der aufgestaute Sand dient bald als riesiger Wasserspeicher und erfüllt darüber hinaus eine natürliche Filterfunktion, wodurch das Wasser mit wenigen Ausnahmen für Mensch, Tier und Bewässerung verwendet werden kann. Diese Dämme halten den Sand etwa 500 Meter flussaufwärts zurück, um weit mehr Wasser zu speichern als ein Damm oder Wehr an einem kleinen Fluss. Wo genügend Sand vorhanden ist, um eine große Menge Wasser zurückzuhalten, werden kleine Gemeinschaftsgärten eingerichtet – in der Regel mit 15 bis 17 Mitgliedern, von denen etwa 85 % Frauen sind. Zur Bewässerung der Gärten benutzen sie entweder manuelle oder, seit ein paar Jahren, mit Sonnenenergie betriebene Pumpen.

Der Klimawandel und ignorante Politiker*innen wie Donald Trump sind Desaster, mit dem wir Menschen zurechtkommen müssen. Dabane setzt in Zusammenarbeit mit den Kleinbäuer*innen alles daran, geeignete Regen- und Landmanagementsysteme zu entwickeln, um dieses Verbrechen gegen den Planeten und gegen die Menschheit einzudämmen.

Agroforstwirtschaft als Anpassungsstrategie an den Klimawandel

VON MANSOUR NDIAYE; APAF SENEGAL

Wir senegalesischen Bäuer*innen tragen die Hauptlast der Auswirkungen des Klimawandels. Seit 1975 haben sich die Niederschläge grundlegend verändert. Seit dieser Zeit der extremen Dürre ist nichts mehr wie vorher. Die Regenfälle werden seltener, die Bäume verschwinden und das Land wird immer trockener. Wo fruchtbares Land war, sind nur noch Sandhaufen. Unsere Erträge als Landwirt*innen werden immer geringer, während die Zahl der zu ernährenden Menschen wächst. Wir sind mit Wasserknappheit konfrontiert, und in einigen unserer Projektgebiete wird das Brunnenwasser immer salzhaltiger.

Diese Situation wird durch den übermäßigen Einsatz von chemischen Pestiziden und Düngemitteln, die von den Bauern als lebensrettende Lösung angesehen wurden, noch verschärft. Im Laufe der Jahre hat sich dadurch die Bodenerosion beschleunigt.

Um zu überleben sind wir gezwungen, uns an diese Situation anzupassen. Die Auswirkungen des Klimawandels erfordern eine globale Strategie, aber wir sind überzeugt, dass wirksame Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels nur auf lokaler Ebene möglich sind.

Der Einsatz von biologischer und nachhaltiger Landwirtschaft, die Kleinbäuer*innen in den Mittelpunkt stellt, ist unumgänglich, um eine Lösung zu finden. Die Landwirtschaft kann sowohl zu Treibhausgasemissionen als auch zur Reduzierung von Treibhausgasen

beitragen. Im Bewusstsein dieser Situation besteht unsere Strategie bei APAF darin, die Landwirte zu den vorrangigen Akteuren bei der Förderung und dem Schutz der biologischen Vielfalt zu machen. Wir kombinieren Land- und Forstwirtschaft, um sowohl zur Ernährungssicherheit als auch zur Reduzierung von Treibhausgasen beizutragen. Die wichtigste Agroforsttechnik, die in unseren Projekten angewandt wird, besteht in der Einführung von Baumleguminosen auf den individuellen oder kollektiven Feldern der Bauern. Die Bauern kultivieren unter und um diese Leguminosen. Der Ansatz von APAF basiert auf Partizipation und Freiwilligkeit und schließt die Ausbildung der Bauern in den verschiedenen Agroforst- und Forstwirtschaftstechniken ein. Erlernt und angewandt werden diese Techniken auf ihren individuellen oder kollektiven Feldern und in ihren Aufforstungsgebieten. Die Anpassung an den Klimawandel erfolgt also durch die Schaffung von Mikroklima sowie durch die Verringerung von Abholzung und Bodenerosion. Bäume, die für die Bevölkerung nützlich sind, werden gepflanzt und helfen, den von Menschen verursachten Druck auf die Ökosysteme zu reduzieren.

Junge Baumleguminosen auf einem Gemeinschaftsfeld (APAF, Senegal)

Für eine Welt, die zusammenhält!

Wie gefällt Ihnen unser Themenheft?

Auch mit der zweiten Ausgabe unseres SW-Themenheftes hoffen wir, Ihr Interesse zu treffen. Wieder haben wir uns um eine hoffentlich spannende Mischung aus längeren und kürzeren Texten, Interviews, Debattenbeiträgen und Fallbeispielen aus drei Weltregionen bemüht.
Wichtig war uns, der Perspektive der Menschen aus dem Süden ausreichend Raum zu geben. Und zugleich die Ursachen der Klimakrise etwas genauer zu beleuchten. Wir hoffen, das ist uns gelungen.
Auf Ihre Rückmeldungen sind wir sehr gespannt.

Wollen Sie das Heft künftig lieber als PDF ?
Bitte senden Sie Ihre Mail an
redaktion@aswnet.de

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
ASW, Potsdamer Straße 89, 10785 Berlin,
Telefon: 030 – 259 408 01,
E-Mail: mail@aswnet.de
www.aswnet.de

Redaktion:
Isabel Armbrust (Redaktionsleitung), Marek Burmeister, Boubacar Diop, Franziska Kohlhoff, Christophe Mailliet, Anike Ostendorf, Detlef Stüber, Klemens Thaler, Silke Tribukait, Tobias Zollenkopf
An diesem Heft wirkten außerdem mit:
Marleen Abels, Alina Brangs, Elsa Ciussard, Sina Rauch
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin wieder.

Grafik:
Natalie Friedinger, Berlin
Bildnachweis:
©ASW (falls nicht anders angegeben)
Druck:
Oktoberdruck AG, Berlin
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier, Blauer Engel

Seit über 60 Jahren fördert die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. (ASW) Projekte in Indien, Brasilien und mehreren Ländern Afrikas, die zur Stärkung von Frauen, zum Schutz der Umwelt und zur Durchsetzung der Menschenrechte beitragen.
Die Projekte werden ausschließlich von Partner*innen vor Ort angestoßen und ausgeführt.
Wir sind politisch, wirtschaftlich und religiös unabhängig und finanzieren uns überwiegend über Spenden von Privatpersonen.

Für eine Welt, die zusammenhält

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE69 1002 0500 0001 2507 00
BIC/SWIFT BFSWDE33BER
Spenden sind steuerlich absetzbar

DZI Spenden-Siegel
Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) bescheinigt:
Ihre Spende kommt an!